

**Wahlspruch:**  
Was wir begehren von der Zukunft fernens  
Dass Brot und Arbeit uns gerüstet stehen,  
Dass unsere Kinder in der Schule lernen  
Und unsere Weisheit nicht mehr betteln gehen.  
G. Herwegh.

Telephon Nr. 2325, 10.526 u. 10.542.

Der

Edmonton 38.415.

# Eisenbahner

Zentralorgan des Oesterreichischen Eisenbahn-Personales.

Redaktion: Wien V/1, Bräuhausgasse 84.

Redaktionschluss: Zwei Tage vor dem Erscheinen des Blattes.

**Sprechstunden**

Sind jeden Tag mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage von 10 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags.

**Insertionspreis:**

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 14 Heller. Bei Jahresauftrag Rabatt.

**Abonnements-Bedingungen:**

Halbjährlich ..... Kr. 2.88  
Ganzjährlich ..... 5.76  
Für das Deutsche Reich ganzjährlich Mk. 6.—. Für das übrige Ausland ganzjährlich 9 Franken.

Er erscheint jeden 1., 10. und 20. im Monat.



Nr. 16

Wien, den 1. Juni 1914.

22. Jahrg.

## Offiziere und Eisenbahner.

Die Deutschnationalen beschließen für die Eisenbahner Resolutionen und fordern höhere Gehälter für die Offiziere.

Gut aber vor den Mannen des deutschen Nationalverbandes und den Spudnapf hervorgerückt, auf daß man seinen Gefühlen, die sich zum Halse drängen, freien Lauf lassen kann. Ehre, wem Ehre gebührt, und Achtung dort, wo man sie nicht versagen soll. Da hat man die Herren vom Deutschen Nationalverband immer wieder der Treulosigkeit gegenüber den deutschen Volksgenossen geziehen und ihnen Verrat an den Interessen des Volkes vorgeworfen und sie beschuldigt, daß sie die Bedürfnisse, die aus der Not der Zeit geboren sind, nicht verstehen und nicht würdigen können. Aber vor ein paar Tagen hat in einer Sitzung der jetzt in Budapest tagenden Delegationen der nationalverbändlerische Abgeordnete Dr. Ritter v. Mühlthaler gezeigt, daß dem nicht so ist und daß man im Kreise der Nationalverbändler noch weiß, daß Not und Mangel herrschen, die mildern zu versuchen, eines deutschen Volksvertreters Aufgabe sein muß. In Verhandlung stand allerdings nicht das Eisenbahnbudget oder ein anderes, volkswirtschaftliches Interessen dienendes Ressort, sondern das Heeresbudget, und im Vordergrund stand, wie die „Neue Freie Presse“ voll sichtlich Mühung mitteilt, das Schicksal unserer Offiziere. „Allgemein war die Auffassung, daß es die Erfüllung einer sozialen Pflicht gegen einen hochintelligenten Berufsstand wie das Interesse der Armee gleichermaßen gebieten, die Offiziere und ihre Familien vor Sorgen zu bewahren, um den auch auf ihnen lastenden Druck der Lebensmittelerhöhung zu erleichtern. Delegierter Dr. v. Mühlthaler, der die Dienstfreudigkeit, Bescheidenheit und Nüchternheit des österreichischen Offizierkorps rühmend hervorhob, bemerkte, man müsse das Geld finden, um die Offiziere entsprechend zu bezahlen. Dr. v. Mühlthaler beantragte schließlich eine Resolution, die den Kriegsminister dringend auffordert, raschest die Regelung der Gagen der Offiziere, insbesondere der Hauptleute und Majore, im nächsten Budget zu berücksichtigen.“

Und nun komme noch einer und behaupte, daß der Deutsche Nationalverband nichts tue, um die Not zu lindern. Man wird es diesen Nörglern und Störenfriedern, die nur Zwietracht unter dem deutschen Volk säen wollen, schwarz auf weiß beweisen, daß das ehrenwerte Mitglied des Deutschen Nationalverbandes, der Herr Abgeordnete Mühlthaler, just zur rechten Zeit gewußt hat, wo der Hebel anzusetzen ist, um dem notleidenden deutschen Volk zu helfen. In den Tiefen seiner deutschen Mannesbrust müht der Schmerz über die Not, in der sich unsere durch die Lebensmittelerhöhung bedrückten Offiziere befinden, und so fordert er, daß die Regierung das Geld unter allen Umständen finden müsse, um die Offiziere besser zu bezahlen. Und nachdem zweifellos die Not bei den Hauptleuten und Majoren am größten ist, so verlangt der Herr Mühlthaler wohlwollend, wie ein echter Nationalverbändler schon ist, daß insbesondere die Gagen der Hauptleute und Majore im nächsten Budget zu berücksichtigen sind. Man bekommt förmlich Mitleid mit dem Jammer der darbenenden und hungernden Hauptleute und Majore, wenn man diese nationalverbändlerischen Klagen liest, und es hat wohl nicht viel gefehlt und Herr v. Mühlthaler, dem das deutsche Herz schier zu brechen drohte, hätte tränenenden Auges eine Kollekte für die Notleidenden in der Majorsuniform veranstaltet. Wahrhaftig, wir gestehen mit dem alten Juvenal, daß es schwer ist, keine Satire zu schreiben. Wie war es doch damals, als im Parlament auf die wirklich drückende Not-

lage der Eisenbahner hingewiesen wurde, und als die Budgetierung jener Summe verlangt wurde, die zur Aufbesserung von deren Löhnen und Gehältern notwendig gewesen wäre? Das geschah, wie man weiß, nicht einmal, sondern wiederholt. Am 11. Dezember 1911 wurde bekanntlich durch einen einstimmigen Beschluß des Hauses die Regierung aufgefordert, 38 Millionen für Verbesserungsmaßnahmen für die Eisenbahner zu verausgaben. Aber weil die Regierung dieser Forderung nur teilweise nachkam und den größten Teil der Wünsche unerfüllt ließ, stellte im Sommer 1912 im Budgetausschuß der Abgeordnete Tomšik den Antrag, es sei der erforderliche Geldbetrag dafür in das Budgetprovisorium einzustellen. Aber die nationalverbändlerisch-christlich-sozialen Mehrheit lehnte diesen Antrag ab, und beschloß neuerlich eine Resolution, in der die Regierung nochmals aufgefordert wurde, den Beschluß des Hauses vom Dezember 1911 voll durchzuführen. Und wie um die ganze Komödie plastisch in ihrer Niedertucht hervortreten zu lassen, wurde an Stelle des niedergestimmten Antrages, der die Einstellung der erforderlichen Geldmittel verlangt hatte, wieder eine Resolution beschlossen, mit der die Regierung „ermächtigt“ wurde, die finanziellen Mittel, die zur Durchführung der noch unerfüllten Eisenbahnerforderungen notwendig sind, zu verausgaben. Auf alle Einwände, die man gegenüber den Verrat der tapferen Nationalverbändler hatte, bekam man die stereotypische Antwort: Es sei kein Geld vorhanden und es müsse, ehe man diese Ausgaben macht, für eine budgetmäßige Bedeckung vorgesorgt werden. Wie aber steht die Sache heute, wo es sich um die Gehälter der Offiziere handelt? Nicht nur, daß der verehrliche Nationalverband das militärische Budget, das einen Aufwand von mehreren Hundert Millionen Kronen beansprucht, ohne mit einer Wimper zu zucken, bewilligte und nicht fragte, wo dieser halbbankrotte Staat die Bedeckung hernehmen solle, verlangt auch jetzt der Herr v. Mühlthaler, daß das Geld für die Erhöhung der Offiziersgagen unter allen Umständen aufgebracht werden müsse und kümmert sich nicht im geringsten, wo das Geld dafür herzunehmen ist. Der Unterschied, der dem plötzlichen Stimmungsumschwung bei den deutschen Nationalverbändlern erklärlich macht, ist freilich der, daß es sich im Dezember 1911 und im Juli 1912 um bedürftige Eisenbahnbedienstete gehandelt hat, während jetzt in den Delegationen für die Bedürfnisse der bevorrechteten Offizierskaste vorgesorgt werden soll. Wie sieht es aber um die Not der Offiziere aus? Nehmen wir zum Exempel nur einen Leutnant, also einen zumeist jungen Herrn, der für niemand zu sorgen hat und für dessen Bedürfnisse und mitunter sehr anspruchsvolle Lebensgewohnheiten zumeist ein wohlhabender Papa mit aufkommt. Der junge Mann, der sich in einem Alter befindet, wo andere Sterbliche, die sich einem bürgerlichen Beruf zuwenden, zumeist noch die Schulbank drücken, erhält heute schon nach dem Gehaltsschema für Militärangehörige in Wien jährlich 2000 Kr. an reinem Gehalt, an Quartiergeld 1012 Kr. und an Möbelzins 104 Kr., wozu noch andere Benefizien kommen, so daß das Jahreseinkommen eines solchen jungen Bürgers weit über 3000 Kr. ausmacht. Und nun vergleiche man das Jahreseinkommen eines armen Eisenbahners, eines Verschiebers, Wächters oder Oberbauarbeiters, der ja zumeist davon noch eine Familie zu erhalten hat, mit dem Einkommen dieses jugendlichen Militärangehörigen, dessen Ranglaufbahn erst begonnen hat und der noch seine ganzen Würden und seine wirtschaftliche Zukunft vor sich hat. Und darüber, daß wohl der letzte Oberbauarbeiter im Staate zumindest so wichtig ist, wie der Herr Leutnant, dürfte wohl nicht einmal in dem verschrobener Gehirn eines Nationalverbändlers ein Zweifel aufkommen!

Aber man tue den Herren vom Deutschen Nationalverband nicht unrecht, sie wissen, daß sie nicht bloß für die Offiziere vorzusorgen haben, sondern sie haben auch ein warmführendes Herz für die Eisenbahner. Vor ein paar Tagen erst haben wir die schmalzigen Reden des Herrn Dr. Sulzberger und des Doktor Stöckl, der als Fettsäure auf allen Suppen schwimmt, auf der in Salzburg abgehaltenen Delegiertenversammlung des Reichsbundes deutscher Eisenbahner vernommen. Mit geschäftigem Eifer versicherten die Herren, daß sie auch fürderhin für das Wohl der Eisenbahner eintreten werden und mit ihrer Zustimmung wurde neuerlich eine Resolution beschlossen, der die Durchführung des 38-Millionen-Beschlusses des Abgeordnetenhauses von der Regierung verlangt. Und man kann es in den Blättern nachlesen, daß sogar die ganze Stadt Salzburg zu Ehren der Reichsbundtagung beflaggt war, und daß die ganzen gefinkelten Ausbeuter und Arbeiterfeinde der Stadt die deutschen Fahnen gehißt hatten. Und es ist wohl anzunehmen, daß die Delegierten, die von weit und breit gekommen waren, um dem Possenspiel beizuwohnen und sich die abgehalmschten Redensarten ihrer Führer anzuhören, hochbefriedigt waren über die Ehren, die ihnen zuteil wurden. Vielleicht aber, daß mancher von den armen genasführten Teufeln ein wenig über die deutsche Treue nachdenklich gestimmt wird, wenn er nach Hause kommt und hört, wie die deutschen Nationalverbändler, ihre wackeren Führer, sich so eindringlich mit der Not der Offiziere beschäftigen, während sie für bedürftige Eisenbahnarbeiter nichts übrig haben als einen Wust von papierenen Resolutionen. Aber es ist gut so, daß die Verräterrolle und das ganze heimtückische Intrigenspiel der deutschnationalen Führer immer wieder durch die schreienden Tatsachen der ganzen Welt offenbar gemacht werden. Fürwahr, es gibt eine deutsche Schande und eine deutsche Schmach, vor der sich noch das Laster erbricht und vor der selbst der Teufel in der Personifikation aller Schlechtigkeiten und aller Niederträchtigkeiten seine untertänigste Reuerenz erweisen muß!

## Unsere Delegiertenversammlung.

Zum erstenmal versammelten sich am 20. d. M. abends die Delegierten aus dem ganzen Reiche zur diesjährigen Delegiertenversammlung im eigenen Heim. Vom stolzen Bau flatterten weithin sichtbar die roten Fahnen, einen frohen Willkommensgruß allen Kämpfern aus dem ganzen Reiche bietend. Der schön geschmückte Prachtsaal war dicht besetzt. Erschienen sind 254 Delegierte von 165 Ortsgruppen und 44 Bahnhallen. Ferner waren anwesend: Genosse Brunner (Berlin) in Vertretung des reichsdeutschen Transportarbeiterverbandes der Eisenbahnersektion und der internationalen Transportarbeiterföderation, Abgeordneter Genosse Starck für den Klub der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und für die Reichsparteivertretung und Genosse Schrammel für die Reichsgewerkschaftskommission.

Anwesend waren ferner 21 Zentralauschussmitglieder, die Mitglieder der Provinzkontrolle, zehn Funktionäre der Zentrale, die Sekretäre aus der Provinz und 25 Gäste.

Obmann Genosse Schwab eröffnete die Delegiertenversammlung um 1/29 Uhr abends. Er verwies auf die freudige Tatsache, daß die Delegiertenversammlung zum erstenmal im eigenen Heim tagt, wie aus kleinen Anfängen unter den allerschwierigsten Verhältnissen die Organisation zu dem gewaltigen Vollwerk geworden, das sie heute auch sichtbar in diesem Heim verkörpert.

Genosse Brunner (Berlin) begrüßt die Konferenz im Namen der deutschen Bruderorganisation und des internationalen Transportarbeiterverbandes. Er hebt hervor, daß auch in Deutschland zwar nicht alle Eisenbahner, aber doch ein erheblicher Teil die Notwendigkeit des Klassenkampfes erkannt hat. Sein Kommen sei nicht als ein Akt der Freundschaft oder als Höflichkeit zu betrachten, sondern als der Ausdruck der internationalen Solidarität und des internationalen Kampfes. Er wünscht den Beratungen den besten Erfolg.

Abgeordneter Genosse Starck überbringt die Grüße des Parteivorstandes und des Klubs der deutschen sozialdemo-

fratischen Abgeordneten. Wir sind uns der Bedeutung ihrer Organisation bewußt. Auch die Eisenbahnerorganisation ist von den Spaltungsbestrebungen nicht verschont geblieben, wenn sie auch der Bedeutung derselben nichts anhaben konnten. Die Eisenbahnerorganisation wird stets ein Markstein in der Geschichte des Kampfes der Arbeiterschaft Österreichs sein.

Genosse Schrammel übermittelte die Grüße der Reichsgewerkschaftskommission. Wir haben alle ein großes Interesse an der Entwicklung der Eisenbahnerorganisation. Wenn man die Entwicklung derselben bis zum heutigen Tag berücksichtigt, dann muß man sagen, daß sie großes geleistet hat, um so mehr, wenn man weiß, daß der Kampf nach zwei Richtungen gegen die Ausbeutung und gegen den Nationalismus geführt werden mußte. Arbeiten Sie unentwegt weiter, der Erfolg wird auch fernherhin nicht ausbleiben.

Nach Genehmigung der Geschäftsordnung wird folgende Tagesordnung beschlossen:

1. Berichte: a) des Otmannes; b) des Zentralsekretariats; c) der Provisorkommission; d) der Administration (Kassenberichte); e) Fachpresse; f) Eisenbahnerheim; g) Kontrollkommission.

2. Organisation und Taktik, Stellungnahme zu den Bestrebungen, die Zentralorganisation in Berufsgruppen zu trennen. Referent Josef Tomšič.

3. Hinterbliebenenunterstützung. Referent Rudolf Müller.

4. Wahl der Zentralkommission und Kontrollkommission.

5. Die Aktionen der Organisation zur Verbesserung der Lage der Eisenbahner und gegen die systematischen Verschlechterungsmassnahmen des Eisenbahnministeriums, sowie der Privatbahnverwaltungen. Referent Josef Tomšič.

6. Anträge und Anfragen.

Hierauf erfolgte die Wahl einer Antragprüfungskommission und die Aufstellung des Wahlkomitees für die Neuwahl der Zentralkommission. Um 10 Uhr abends schließt der Vorsitzende Genosse Schwab den ersten Beratungsabend.

**Erster Verhandlungstag.**

Es gelangt der erste Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung.

Otmann Genosse Schwab verweist auf den vorliegenden gedruckten Bericht. Die Tätigkeit der Zentralkommission war vor allem auf die Erreichung weiterer Verbesserungen für die Eisenbahner gerichtet. Die Frage der 88 Millionen zieht sich wie ein roter Faden durch die drei Berichtsjahre. Genosse Schwab entwirft nun ein Bild von dem Verlauf der Aktionen und deren Ergebnis. Die Arbeiten, die geleistet wurden, waren nicht gering, aber auch ihr Ergebnis ist bedeutend. Es ist auch die Zahl aller anderen Aktionen, Interventionen, bedeutend gestiegen. Genosse Schwab verweist an der Hand des Berichtes auf die Entwicklung der Organisation, auf den Zuwachs und Abfall der Mitglieder. Er hebt hervor, daß die Fluktuation der Mitglieder im Abnehmen begriffen ist. Dies ist insbesondere auf die Einführung der Hinterbliebenenunterstützung zurückzuführen. Wir müssen auch aus dem Resultat der verschiedenen Wahlen lernen. Dazu ist vor allem der planmäßige Ausbau des Vertrauensmännersystems nötig. Die Vertrauensmänner dürfen in ihrer Tätigkeit nicht erlahmen. Aus dem Bericht wollen die Delegierten entnehmen, daß die Zentralkommission alles, was menschenmöglich war, geleistet hat, um die Interessen der Mitglieder in jeder Hinsicht zu vertreten und zu fördern.

Abgeordneter Genosse Tomšič: Die Zentrale hat diesmal den vorliegenden Bericht mit Rücksicht auf die hohen Kosten in etwas gekürzter Form herausgegeben. Ein Bild von der ungeheuren Arbeit geben die Ziffern über die erledigten Aktenstücke. Ich will mich hauptsächlich mit der Taktik der Zentralkommission beschäftigen. Es gibt eine sehr große Anzahl von Eisenbahnern, die uns den Vorwurf macht, daß wir viel zu wenig radikal sind. Dies deshalb, weil wir nicht immer zum Kampf blasen, weil wir nicht, wenn es verlangt wird, die Eisenbahner zur passiven Resistenz auffordern. Wir sind aber viel radikaler gewesen, als es sich diese Eisenbahner vorstellen. Wir haben die Genossen allerorts aufgefordert, die Organisation auszu-

bauen, sie groß und einflussreich zu machen, denn nur eine solche gibt die sichere Gewähr für Erfolge. Diesen Weg zu gehen, gehört sehr oft mehr Mut dazu, als zur radikalen Schreierei nach der passiven Resistenz.

Das Ergebnis unserer Verbewoche ergab vor allem die Festhaltung der Mitglieder, das Zurückgehen der Fluktuation. Wir haben den diversen Wünschen wegen Einberufung von Reichskonferenzen Rechnung getragen, und zwar überall dort, wo hierzu eine begründete Notwendigkeit vorlag. Es ist notwendig, daß die Beschlüsse der Konferenzen, insbesondere hinsichtlich des Ausbaues der Vertrauensmännerorganisation auch vollends durchgeführt werden. Auch hinsichtlich der Versammlungstätigkeit hat die Zentrale alles geleistet, um den Genossen Rechnung zu tragen. Nur sollte auch der Bildung unter den Eisenbahnern durch Abhaltung entsprechender Vorträge mehr Beachtung geschenkt werden, als dies bisher der Fall war. Wenn wir rascher vorwärtskommen wollen, dann muß zuerst eine gewaltige Stärkung und ein intensiveres Arbeiten im inneren Ausbau unserer Organisation Platz greifen. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Brobeck für das Sekretariat in Prag: „Wir haben in Böhmen eine besonders schwere Zeit hinter uns. Die Verheerungen des Nationalismus und des Separatismus haben uns im tschechischen Gebiet ein Drittel der Mitglieder gekostet. Aber wir haben den Mut nicht verloren, wir haben ausgeharrt, und heute kommen die Eisenbahner wieder zu uns, allerdings langsam, aber es geht vorwärts. Die separatistische Bewegung hat uns die Möglichkeit gebracht, gewaltige Aufklärungsarbeit für den Sozialismus zu leisten. Wir haben keinen statistischen Bericht verfaßt, weil wir vor lauter Arbeit nicht dazu gekommen sind. Wir leiden an einem großen Mangel an Kräften. Wir müssen die deutschen Genossen darauf aufmerksam machen, daß es ein gemeinsames Arbeiten mit den Separatisten nicht geben kann. Wo dies, wie in Reichenberg, Bodenbach u. s. w., geschehen ist, haben sich die Nachteile sofort bemerkbar gemacht. Wir haben geleistet, was wir konnten, und wir konstatieren gerne, daß die Erfolge bereits sichtbar sind.“

Genosse Ropac berichtet für das Sekretariat in Triest und befruchtet in ausführlicher Weise die Zahl der Mitglieder in den einzelnen Gruppen. Wir haben ebenfalls einen sehr schweren Kampf. Aber einen Separatismus gibt es bei uns nicht. Unsere Taktik hat dazu beigetragen, daß die Nationalen sich selbst umgebracht haben. Allerdings haben wir mit dem slowenischen Blatt ein Defizit, das aber vor allem darauf zurückzuführen ist, daß eine ganze Reihe slowenischer Genossen das deutsche Blatt lieft. Auch ist eine ganze Reihe von sprachlichen Schwierigkeiten, die wir in Rechnung zu stellen haben. Wir haben in unserem Gebiet ebenfalls alles gemacht, was zu tun war, und wir können ebenfalls sagen, daß es nicht umsonst war. Unsere Besonderheiten in den südlischen Ländern bitten wir entsprechend zu berücksichtigen.

Genosse Koranda berichtet nun für das Brünner Sekretariat. Dem Sekretariat wurde ein Exekutivkomitee an die Seite gestellt, das gute Arbeit geleistet hat. Wir haben in den Versammlungen gewaltige Erziehungsarbeit geleistet. Der beste Beweis dafür ist, daß wir an Fluktuation nur einen Abfall von 44 Mitgliedern zu verzeichnen haben. Ein Zusammengehen mit den Separatisten ist bei uns nirgends vorgekommen. Die von der Zentrale aufgewendeten Gelder für das tschechische Fachblatt waren in Mähren sehr fruchtbringend angelegt. Die Berichterstattung in den Ortsgruppen läßt sehr viel zu wünschen übrig. Da müssen die Genossen im eigenen Interesse mehr leisten. Wir brauchen in Mähren eine zweite Agitationskraft, die wir nun voraussichtlich bald bekommen werden.

Genosse Grünauer berichtet für das nordwestböhmische Sekretariat: Die Tätigkeit erstreckt sich auf 2 Jahre, 10 Monate. Das Sekretariat wurde nach Auffig verlegt und wurde eine Zusammenfassung der Kräfte vorgenommen. Das Tätigkeitsgebiet umfaßt 62 Ortsgruppen. 1911 hatten wir im deutschen Gebiet Böhmens 6648, 1912 hatten wir 6582 Mitglieder. Der Verlust ist zum Teil auf die Wirkungen des Separatismus zurückzuführen, aber auch auf die brutale Behandlung des Personals bei der A. T. E. Seit 1913 haben wir die Mitgliederzahl gesteigert, und zwar um 578 Mitglieder. Wir haben das siebenste Tausend an Mitgliedern bereits überschritten. Natürlich sollten die Resultate viel besser sein, und wir wollen nicht sagen, daß wir zufrieden sind. Überall, wo rege Tätig-

keit herrscht, sind auch schöne Erfolge zu verzeichnen. Das brutale Vorgehen der Verwaltung der A. T. E. ist unter einem Teil der Bediensteten durch aus, was die Organisation schwer geschädigt hat. Mit der Zeit, wenn wir ausdauernd weiterkämpfen, werden wir auch diese Situation überwinden. Wir in Nordböhmen müssen der Tätigkeit der Reichsbündler ein besonderes Augenmerk zuwenden. Wir haben seit dem Befehlen des Sekretariats 70 Aktionen durchgeführt, von denen mehrere mit schönem Erfolg durchgeführt wurden. Auch eine Reihe von Interventionen und Rechtschulfällen konnten wir mit Erfolg abschließen.

Der Vorsitzende Genosse Schwab bringt ein Telegramm der organisierten Eisenbahner von Bosnien und Herzegowina zur Beratung, die den Beratungen besten Erfolg wünschen und bedauern, an denselben nicht teilnehmen zu können.

Genosse Karjanowsky berichtet für das Lemberger Sekretariat: Unsere Tätigkeit zerfällt in drei Abschnitte, Agitation, Rechtschutz und Aktionen. Wir haben eine Reihe von Aktionen zu verzeichnen, die gemeinsam mit der Zentrale mit vollem Erfolg durchgeführt wurden. Viel Arbeit geben uns die diversen gegnerischen Vereine. Der Einlauf betrug bei uns 6125, der Auslauf 14.696.

Genosse Kraus von Falkenau für das westböhmische Gebiet: Wir haben ebenfalls eine umfangreiche Tätigkeit entwickelt. Insbesondere auf dem Gebiet der Agitation und im Kampf gegen die schädlichen Treiberereien der Gegner im nationalen Lager. Wir haben uns auch ernstlich bemüht, die Bildung unter den Eisenbahnern zu verbreiten und zu vertiefen. Auch wir haben ein Aufsteigen in der Organisation zu verzeichnen.

Abgeordneter Genosse Rudolf Müller: Mein Bericht wird wahrscheinlich nicht den Beifall auslösen, den die bisherigen Berichte fanden. Dies beweisen schon die bisherigen Ausführungen, die zeigen, wie in jeder Hinsicht den Wünschen der Mitglieder Rechnung getragen wurde. Die Kosten aller dieser Aktionen sind auch in den drei Berichtsjahren wieder bedeutend gestiegen und es ist Ihre Sache, zu sagen, wie es möglich ist, alle die ungeheuren Lasten zu ertragen. Wir haben in den deutschen Gebieten 4446 Mitglieder gewonnen. Die Organisation hat das alles und vieles andere überwunden, und das ist ein Beweis, daß sie auf einer guten Grundlage steht. Die Fluktuation ist noch immer sehr groß genug. Unsere Finanzen sind durchaus nicht befriedigend. Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sich die Einnahmen 1/4fach, die Ausgaben dagegen um das Vierfache erhöht. Ich bin kein Fiskalist, aber alles findet seine Grenze, in dem, was da ist. Das einzige Mittel wäre das Anwerben der Organisation. Aber auch das ist kein Allheilmittel. Wir sollten noch viel mehr leisten als bisher. Schon lange haben wir die Absicht, den italienischen Genossen ein Blatt zu schaffen. Aber die Mittel fehlen derzeit dazu. Das slowenische und das polnische Blatt sollte dreimal im Monat erscheinen. Auch unser „Eisenbahner“ sollte monatlich erscheinen. Aber das alles ist leider mit den unzulänglichen Mitteln nicht zu machen. Ich muß Sie daher schon dringend bitten, in den Anforderungen an die Zentrale mehr hauszuhalten als bisher. Eine Reihe von Ortsgruppen führt auch die Beschlüsse der Delegiertenversammlungen nicht durch. Es sind zum Beispiel 28 Ortsgruppen, die die 2 G. für den Personalkommissionensfonds noch immer nicht zahlen.

Die Ortsgruppenorganisation ist eine befriedigende. Sie weist einen Ueberschuß von 61.897 Kr. aus. Die Unterstützungsarbeiten der Ortsgruppen geleistet haben, machen fast die Hälfte der Ausgabenpost aus. Für Bildungszwecke wurde viel zu wenig ausgegeben. Die Mehrzahl der Eisenbahner begreift den Zusammenhang der gewerkschaftlichen und politischen Tätigkeit nicht. Auf diesem Gebiet muß viel mehr geleistet werden.

Auch unser Fachblatt hat nicht die nötigen Mittel, um alles zu machen, was dringend notwendig wäre. Unser Blatt wurde zweimal konfisziert und eine Auflage von 78.000 Exemplaren vernichtet. Das Defizit des polnischen Blattes ist verringert worden und es ist Aussicht, daß es bald verschwindet. Das russische Blatt mußte infolge des hohen Defizits ausfallen werden. Unser Prager Bruderblatt hat sich gehalten.

**Feuilleton**

**Die Sklaverei oder der Sozialismus.**

In der Zeit der Sklaverei war der Arbeitssklave das persönliche Eigentum seines Herrn, der über Tod und Leben zu entscheiden hatte. Trotzdem war das Leben des Sklaven relativ geschützt durch das materielle Interesse seines Herrn, der im allgemeinen so wenig die Lebensdauer seines Sklaven — solange er noch arbeitsfähig war — verkürzte, wie er andere Teile seines Eigentums, wie Kinder, Pferde, Gerätschaften, mutwillig beschädigte. Sondern in der Gesellschaft der Sklaverei der Schutz des Eigentums turmhoch über dem Schutz der Person, so profitierte auch der Arbeitssklave davon, denn er war ja faktisch Eigentum, nicht Person.

Die Naturalwirtschaft des Feudalismus band den kleinen Bauern als Hörigen an die Scholle und zwang ihn zu Frondiensten für den Grundherrschaft, der die Gerichtsbarkeit über ihn besaß. Hier war das Leben des arbeitenden Bauern geschützt, außer in den Fällen, in denen die Gesehe die Todesstrafe vorschrieben. Stärker aber noch als die Gesehe schützte sein Leben wieder das Interesse des Grundherrschaft, der ja mit jedem Bauern, den er erschlagen ließ, sich einer Arbeitskraft beraubte, deren Ausnutzung ihm ein bequemes Leben ermöglichte und deren Erziehung in der Periode der Schaffigkeit der Bevölkerung sehr schwierig war. Erst mit der Auflösung der Naturalwirtschaft, mit dem Beginn der Warenwirtschaft, die das Einkommen des Grundherrschaft auf das Geld, also auf den Verkauf der Bodenprodukte, basierte, wurde die Lage der arbeitenden Bevölkerung schlimmer, als sie in der Zeit der Sklaverei gewesen war. Jetzt galt für den Grundherrschaft das Interesse, möglichst viele Bauern also von der Scholle zu vertreiben, sie zu „legen“. Die Vertriebenen mochten dann als landlose Knechte, als „Gesinde“ gegen länglichen Lohn bei dem Räuber ihres Landes ihr Leben in harter Arbeit fristen oder in der entstehenden Manufaktur Beschäftigung suchen.

Damit wurde für die arbeitende Klasse die rechtliche Anerkennung der persönlichen Freiheit, das Recht zu arbeiten, wo und unter welchen Bedingungen sie wollte, zur Voraussetzung einer einigermaßen erträglichen Existenz. Der Schutz ihrer Person mußte über den Schutz des Eigentums gestellt werden, wenn sie überhaupt ihres Lebens sicher sein wollten.

Die bürgerliche Revolution, die die kapitalistische Klasse zur Herrschaft und damit die Warenwirtschaft zur üppigsten Entfaltung brachte, verhielt den arbeitenden Massen die Erfüllung ihrer Wünsche. Überall, wo die bürgerliche Revo-

lution einen vollen Sieg über den Feudalismus und seine politischen Gewalten errungen hatte, erstand die moderne bürgerliche Demokratie, die auf die politische Freiheit und rechtliche Gleichheit aller gegründet ist. Die persönliche Freiheit und Gleichberechtigung der einzelnen Individuen wurde in den geschriebenen Verfassungen festgelegt; die freie Konfession, unbehindert durch die beseitigten ständischen Schranken, setzte ein; jeder schien alles werden zu können, wozu seine Fähigkeiten ausreichten, der Sieg im „Kampf ums Dasein“ wollte dem „Tüchtigsten“. So schien es wenigstens, und die Selbstschreiber der zur Herrschaft gekommenen kapitalistischen Klasse wurden nicht müde, es immer wieder zu versichern.

Aber durch diese herrliche Demokratie, durch diese staatsrechtliche festgelegte Gleichheit aller, ging ein Widerspruch wohl war die rechtliche und politische Gleichheit aller verbürgt, eine soziale Gleichheit aber, eine Gleichheit der Existenzbedingungen, bestand nicht, und der Widerspruch, der dadurch gegeben war, mußte sich in dem Maß verschärfen, in dem die soziale Ungleichheit, die Gegensätzlichkeit der Existenzbedingungen zunahm.

Das klassische Land der bürgerlichen Demokratie, das Land, in dem die demokratischen Grundzüge am reinsten verwirklicht wurden, sind die Vereinigten Staaten von Nordamerika. Hier konnten sie am reinsten verwirklicht werden, weil die sozialen Gegensätze noch am wenigsten entwickelt waren. Amerika war zur Zeit seiner bürgerlichen Revolution, zur Zeit seines Unabhängigkeitskrieges gegen England von 1775 bis 1788 noch ein junges Land, ein Land von Bauern und Kleinbürgern mit einer nur in wenigen Städten schon entwickelten kapitalistischen Bourgeoisie. Die Gegensätze, die sich aus den Interessen dieser Bourgeoisie und denen der Kleinbürger und Lohnarbeiter hätten ergeben können, wurden ausgeglichen durch die Massenhaftigkeit des noch unerschlossenen Landes, die eine starke kolonialistische Abwanderung nach dem Innern ermöglichte, und den relativen Mangel an Arbeitskräften, der die Unternehmer zwang, hohe Löhne zu zahlen, und es den Lohnarbeitern gestattete, die Periode der Lohnarbeit als eine kurze Durchgangsperiode in ihrem Leben zu betrachten. Darum konnte Amerika jahrzehntelang als ein Musterland bürgerlicher Freiheit gelten und blieb lange Zeit von Klassenkämpfen verschont. Der Sozialismus ist gut für das alte Europa, aber hier haben wir ja die politische Freiheit, da brauchen wir keinen Sozialismus — das konnte man noch vor wenigen Jahren aus dem Munde fast eines jeden amerikanischen Arbeiters hören, der fest davon überzeugt war, daß

„in diesem Lande“ jedermann die „gleichen Chancen“ habe, eine Ueberzeugung, die durch den Aufstieg einzelner, die aus ärmlichen Schichten der Bevölkerung kamen, zu den höchsten Regierungsstellen oder zu Milliardären noch gefestigt wurde.

Die Bourgeoisie in den Städten war inzwischen nicht müßig geblieben. Sie hatte sich beeilt, das berühmte Wort aus dem kommunistischen Manifest buchstäblich zu erfüllen; sie hatte inzwischen den Gelehrten, den Arzt, den Advokaten zu ihrem bezahlten Lohnarbeiter gemacht und ließ durch diese Männer im Kongreß, im Senat, in der Präsidentschaft, in den Gerichten ihre Geschäfte besorgen, wozu sie natürlich das gesamte politische Leben mit ihrem Gelde korrumpieren mußte. Damit schlug sie zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie brachte einmal alle Faktoren der öffentlichen Gewalt des freien demokratischen Volkes in ihre absolute Abhängigkeit und stülzte zugleich den breiten Massen des Volkes eine so tiefe Verachtung der korrupten politischen Methode ein, daß diese Massen sich noch weniger um Politik bekümmerten, als sie es sonst, politisch ungeführt und von ihrer Tagesarbeit in Anspruch genommen, getan hätten. Zum Ersatz bot ihnen die Bourgeoisie die Sportfregerei und die Sensationspresse, zwei Surrogate, die sich als vortreffliche Mittel zur Erstickung jedes ernsthaften Interesses an allgemeinen Fragen erwiesen haben.

Diese Methode der Usurpation aller Regierungsgewalt in einem demokratischen Staate arbeitete zur äußersten Zufriedenheit aller Beteiligten, bis die kolossale Entwicklung der Industrie eine vollkommene Revolutionierung der Lebensbedingungen der Volksmassen hervorgebracht hatte.

Aus dem früheren Agrarstaat war ein Industriestaat geworden; die scheinbar unerschöpflichen Reservoirs freien Landes waren in den Besitz kapitalistischer Korporationen übergegangen; die noch im Besitz der Regierung befindlichen Landstrecken konnten nicht mehr von Ansiedlern benutzt werden, da zur Etablierung einer rationell betriebenen Farm, die mit den industriell betriebenen Großfarmen konkurrieren wollte, ein Kapital erforderlich geworden war, das sich weder der Arbeiter noch der einwandernde Bauer verschaffen konnte; die Masse der freien Klein- und Mittelbauern wurde teils zu Pächtern, teils sieht sie sich gezwungen, nach Kanada auszuwandern. Die amerikanischen Lohnarbeiter müssen lernen und die Hoffnung nur vorübergehend Lohnarbeit leisten zu müssen, aufgeben. Die Massen der eingewanderten, ungelerten, schamlos ausgebeuteten politischen rechtlosen Industriearbeiter geraten in Bewegung, protestieren und rebellieren gegen ihre Ausbeuter; die politische Gleichgültigkeit verschwindet, die sozialistische Partei, die die soziale Demokratie verwirklichen will, findet mit ihrer Agitation Anklang bei den Massen, ihre

Es hat derzeit bloß ein Defizit von 76 Kr., wozu allerdings die Unterstützung der Zentrale sehr viel dazu beigetragen hat. Wir meinen also, daß durch tüchtige Agitation die Beilegung der Mehrausgaben durch entsprechende Einnahmen möglich ist. Einschränkungen sollen gemacht werden, aber nur so, daß das Organisationsleben dadurch nicht unterbrochen wird. Arbeiten wir alle unentwegt weiter und es wird sich auch da wieder ein erfreuliches Bild zeigen.

Genosse Lill berichtet für die Redaktion des „Eisenbahner“. Wir haben unsern Blatt derzeit eine besondere Würdigung zuzuwenden. Wir stehen alle im schwersten Abwehrkampf und da ist es nur zu erklärlich, wenn wir mit großen Schwierigkeiten zu tun haben. Einerseits haben wir es mit der Notwendigkeit möglicher Einschränkung zu tun, andererseits ist es die Mannigfaltigkeit der Einläufe, die die höchsten Anforderungen beanspruchen. Für die große Allgemeinheit sind viele Berichte lokaler Natur über kleine Versammlungen zu überflüssig. Das Blatt muß das Spiegelbild der Gesamtbewegung sein. Die Genossen werden sich daran gewöhnen müssen, das Blatt von einer höheren Barie aus zu behandeln. Auch der Wunsch einzelner Genossen, wegen Ausgestaltung mit fachtechnischen Artikeln kann nicht erfüllt werden. Das würde uns in ein unabschbares Gebiet führen, insbesondere aber dies zu einem Interessentkonflikt führen, den wir lieber vermeiden wissen wollen. Wir sind von einer Schärferen umgeben, und da muß unser Blatt vor allem die Schlagfertigkeit unserer Organisation zum Ausdruck bringen. Die Hauptaufgabe, die wir zu leisten haben, ist die unermüdete, fortwährende Aufklärungsarbeit in unserm Blatt. Unsere Artikel sollen auch zu Vorträgen benützt werden. Es muß auch mehr dafür gesorgt werden, daß unser Blatt vom Publikum gelesen wird. Die Mitglieder sind im allgemeinen mit unserm Fachblatt zufrieden, und wir werden uns auch fernerhin bemühen, den guten Ruf unseres Blattes, sein Ansehen und seinen Einfluß zu heben und zu fördern.

Hierauf wird in die Debatte zu den Berichten eingegangen. Wir wollen die bemerkenswertesten Ausführungen festhalten.

Unsere Eisenbahner sind viel zu wenig aufgeklärt. Wir müssen für die gewerkschaftliche und politische Aufklärung viel mehr tun.

Wir haben circa 600 Mitglieder, die italienisch sprechen. Es ist dringend notwendig, daß für diese italienischen Genossen endlich ein Fachblatt erscheint, das in Triest herausgegeben wird.

Wir haben alle die Pflicht, unsere finanziellen Verhältnisse zu prüfen und sie besser zu gestalten. Die fortwährenden Mehrausgaben sind sehr bedenklich, wenn dafür keine Mehreinnahmen geschaffen werden. Eine gesunde finanzielle Gebarung ist die Grundlage der Organisation. Wir können heute über die Beitragserhöhung hinweggehen, aber wir müssen uns schon heute über die Zukunft klar werden.

Wir müssen gegen die leichtsinnige Art, wie fortwährend mit der passiven Resistenz herumgeworfen wird, aufklärende Stellung nehmen.

Unser Hauptaugenmerk müssen wir auf die Erziehung der Mitglieder zu Sozialdemokraten richten.

Die Zugehörigkeit einzelner Kollegen zu unserer Organisation und gleichzeitig zu einer anderen Kategorienorganisation dürfen wir nicht mehr länger dulden.

Schluß 6 Uhr abends.

**Zweiter Verhandlungstag.**

Die Rechtschöpfkosten unserer Organisation werden im kommenden Jahre und in der nächsten Zeit noch mehr wachsen. Die Ursache ist das furchtbare Sparsystem bei den Bahnen, das naturnotwendig zu einer erhöhten Rechtschöpfbarkeit führt.

Wir bewundern den Mut der tschechischen Genossen, die es noch zustande bringen, den Treibern der separatistischen und nationalen Gegner entgegenzutreten.

In allen größeren Stationen sind pensionierte Genossen als Vertrauensmänner zu subventionieren.

Wir sollten eine abgestufte Beitragsleistung einführen, eine Kommission hätte die nötigen Vorarbeiten zu treffen. Wir dürfen die Gegner nicht abstoßen, sondern wir müssen sie anziehen.

Abgeordneter Genosse Rudolf Müller erklärt im Schlußwort, daß es ihn sehr gefreut habe, daß sich die Debatte in einer sehr ernsten Weise abgewickelt hat und daß die Genossen gezeigt haben, daß sie die Situation richtig erfassen. Für den Antrag, eine höhere Leistung von den besser entlohnenden Bediensteten zu verlangen, kann ich mich mit meinen 20jährigen Erfahrungen nicht erwärmen. Ich muß mich daher gegen diesen Antrag wenden.

Abgeordneter Genosse Müller sprach sich auch gegen den Antrag auf Einführung der abgestuften Beitragsleistung aus. Der Antrag auf Schaffung des italienischen Blattes soll der Zentrale zugewiesen werden.

Abgeordneter Genosse Tomšič verweist in seinem Schlußwort auf den Umstand, daß die Genossen im allgemeinen mit den Berichten der Zentrale einverstanden sind. Die einzelnen Wünsche der Genossen werden berücksichtigt, nur müssen wir überall Maß halten.

Der Antrag, die Mitglieder in Südtirol dem Triester Sekretariat zuzuweisen, ist unmöglich durchzuführen, weil das Triester Territorium ohnehin so groß ist und mehr als genug Arbeit hat. Der Antrag wird abgelehnt.

Ein Antrag wegen Entschädigung der Personalkommissions- und Arbeiterausschüsse wird der Zentrale zugewiesen.

Ebenso ein Antrag wegen Vermehrung der Kräfte im Brünnener Sekretariat.

Abgeordneter Genosse Rudolf Müller erstattet nun den Bericht über das Eisenbahnerheim. Wir wollen in unserm Hause ein Stück Erziehungsarbeit leisten. Es ist uns gelungen, billig und gut zu bauen, und wir können sagen, daß wir Ihnen in jeder Hinsicht einen zufriedenstellenden Bericht unterbreiten können. Wir haben mit dem Bau den Genossen, die heute wirken und leben und den kommenden Generationen ein Denkmal geschaffen, mit dem wir alle eine Freude haben können. Notwendig ist, daß alle Genossen ihre Pflicht erfüllen und das Heim tatkräftig unterstützen. Er unterbreitet einen Antrag zur Annahme:

„daß jedem Mitglied unserer Gewerkschaft, welches gleichzeitig Mitglied des Vereines „Eisenbahnerheim“ ist (dessen Jahresbeitrag 1 Kr. beträgt und in zwei Malen geleistet werden kann), für ihn samt seiner Frau und deren im gemeinschaftlichen Haushalt lebenden Kindern bei Uebernachtungen in Wien der außerordentlich billige Preis per Person und Nacht von Kr. 1.20 zugestanden wird. Nichtmitglieder des Vereines „Eisenbahnerheim“, die jedoch der Gewerkschaft angehören, bezahlen für sich und ihre Angehörigen den ermäßigten Preis von 2 Kr. per Tag“.

Außerdem appelliert die Organisationsleitung als Verwalterin des Heims an die Solidarität ihrer Ortsgruppen und Zahlstellen, den Hausfonds pro Mitglied und Monat von 3 H. auch weiterhin an den genannten Fonds abzuführen und dort, wo derselbe noch nicht in Einführung steht, angesichts des fertigen Baues und der damit verbundenen Pflichten ehestens einzuführen.

Durch diese zwei Maßnahmen, die keinen Zwang darstellen, glauben wir die Versicherung geben zu können, den eingegangenen Verpflichtungen gerecht zu werden und das Heim nach Ablauf und Tilgung der Hypothekarschulden den organisierten Eisenbahnern als Erbe zu übergeben.

Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Einige weitere ergänzende Anträge wurden der Zentrale zur Erledigung zugewiesen.

In der Debatte wurde von den Delegierten allgemein der Freude Ausdruck gegeben, daß das stolze Werk vollendet und allen gestellten Anforderungen entsprochen worden ist. Allgemein wurde auch die außergewöhnliche Arbeit anerkannt, die dabei die einzelnen Genossen, insbesondere Abgeordneter Genosse Rudolf Müller, geleistet haben. Es wäre nur zu wünschen, daß auch die Versammlungslokalitäten durch den weiteren Ausbau des Heims eine weitere Verbesserung erfahren würden.

**Dritter Verhandlungstag.**

Genosse Sowa berichtet für die Kontrollkommission. Die Kontrolle wurde allmonatlich zweimal und von der Provinzkontrolle jährlich viermal durchgeführt und wurde stets alles in bester Ordnung befunden. Auch die Gebarung des Eisenbahnerheims wurde regelmäßig kontrolliert. Ich ersuche Sie, dem scheidenden Ausschuss das Absolutorium zu erteilen.

Genosse Prohászka berichtet für den tschechischen Verwaltungsausschuss. Es wurde sowohl die Zentralgebarung als auch die Gebarung in Prag wiederholt eingehend kontrolliert und in Ordnung gefunden.

Die Anträge wegen Erteilung des Absolutatoriums werden einstimmig angenommen.

Es gelangt nun Punkt 2: „Organisation und Taktik, Stellungnahme zu den Bestrebungen, die Zentralorganisation in Berufsgruppen zu trennen“, zur Verhandlung. Referent ist Abgeordneter Genosse Tomšič. Genosse Tomšič erinnert vor allem an die Beschlüsse des zweiten österreichischen Eisenbahnerkongresses, wonach es im Interesse sämtlicher Eisenbahner Oesterreichs dringend erforderlich ist, daß sich alle Kategorien zu einer gemeinsamen Kampforganisation zusammenschließen.

Wir haben es aber heute mit einer Reihe von Kategorienvereinen zu tun, die aus persönlichen und mitunter auch aus politischen Motiven ins Leben gerufen wurden. Vielfach herrscht auch in diesen Vereinen die Meinung vor, daß die Forderungen für die einzelne Kategorie leichter durchzuführen seien, weil sie weniger Leute betrifft und daher weniger kostet. Allerdings mangelt ihnen nicht vollständig jedes Solidaritätsgefühl für die Gesamtheit. Der beste Beweis dafür ist, daß viele dieser Vereine um Aufnahme in unsere Koalition angefragt haben. Gewiß sind es auch viele persönliche Motive, die hier mitspielen. Nur wird es aber immer offenkundiger, daß die verschiedenen Kategorienvereine nicht in der Lage sind, Verbesserungen zu erzielen. Das führt zur selbsttätigen Vernichtung dieser Vereine und wir haben daher nichts anderes zu tun, als diese Vereine, die die Gesamtheit schädigen, nach wie vor zu bekämpfen.

Wir haben aber auch innerhalb unserer Organisation verschiedene separatistische Bestrebungen, mit denen wir uns in der Zentrale beschäftigen mußten. Vor allem ist es die Erscheinung, daß sich die einzelnen Kategorien im Rahmen der gesamten Ortsgruppe nicht mehr eingliedern wollen und separate Gruppen bilden wollen. Diese Erscheinungen haben sich weniger in der Provinz wie in Wien gezeigt. Maßgebend waren dazu sehr oft persönliche Streitigkeiten, die wir natürlich nie billigen konnten. Wir können doch nicht persönliche Angelegenheiten über die große Sache stellen. Auch die Sektionsbildungen innerhalb der einzelnen Ortsgruppen erfüllen nicht ihren Zweck.

Wir haben den Wünschen der einzelnen Kategorien in puncto Konferenzen und selbständiger Beratung stets in weitestgehender Weise Rechnung getragen. In diesen Konferenzen hat sich aber sehr oft gezeigt, daß das Empfinden für die Solidarität mit der Gesamtheit sehr viel zu wünschen übrig ließ. Dies zeigte sich insbesondere in der Art, wie die Forderungen erstellt und vertreten wurden.

Es ist Aufgabe der Delegiertenversammlung, die Zentrale in dem Kampf gegen diese verschiedenen Arten von Separatismus zu unterstützen. Die Zentrale verkennt gewiß nicht die Notwendigkeit, daß innerhalb jedes Gliedes in der Gesamtorganisation die Wünsche jeder einzelnen Kategorie zur Geltung kommen. Aber stets muß die Gesamtheit in Mitwirkung gezogen werden und stets muß das Interesse der Gesamtheit in den Vordergrund gestellt werden. Wir wollen insbesondere den Eigenbröttern und allen denen, die immer ihre Person über die Sache stellen, energisch entgegenreten. Wir bitten Sie dazu um Ihre Unterstützung und unterbreiten Ihnen folgenden Antrag:

„Die Delegiertenversammlung beauftragt die Zentrale, mit größtem Eifer an dem Ausbau des Vertrauensamertums weiterzuarbeiten, für die einzelnen Kategorien, wenn dies dringend notwendig ist, Konferenzen so wie bisher auch weiterhin einzuberufen und dahin zu

Stimmengahl wächst gewaltig, ihre Aufklärung revolutioniert das Denken der Massen, zwingt die kapitalistischen Parteien, sich gleichfalls den sozialen Fragen zuzuwenden; Nordamerika wird aus seinem Zustand idyllischer Harmonie herausgerissen; die Gewerkschaften werden dazu getrieben, mehr und mehr die alte zünftlerische Struktur kleinbürgerlicher Fachvereine aufzugeben; sie reorganisieren sich als moderne Industrieverbände, akzeptieren die Lehre vom Klassenkampf und stellen sich auf den Boden der Interessensolidarität aller Proletarier der Welt.

Der Gegensatz zwischen politischer Demokratie und sozialer Ungleichheit wird akut; die Periode der Massenkämpfe setzt ein, die von der Bourgeoisie usurpierte Staatsgewalt wird rücksichtslos zur Niederwerfung der Arbeiter verwendet; diese erinnern sich eines alten verfassungsmäßigen Rechtes, das jedem Bürger erlaubt, Waffen zu tragen, und das nur in NeuYork durch ein verfassungswidriges Gesetz aufgehoben ist; sie bewaffnen sich in Westvirginien, in Michigan, in Colorado und setzen sich gegen die Spezialpolizisten und die Miliz zur Wehr. Es kommt zu richtigen Schlachten; der bewaffnete Bürgerkrieg wird zur ständigen Begleiterscheinung eines jeden amerikanischen Massenstreiks, der damit aufhört, rein wirtschaftlicher Natur zu sein und um so mehr in einen politischen Streik umschlägt, je mehr er in seiner Wirkung über die einzelstaatlichen Grenzen, innerhalb deren er sich wirtschaftlich abspielt, hinauswächst, die gesamte Arbeiterklasse des Landes aufspielt und die Faktoren der Bundesregierung, den Kongreß, den Senat, den Präsidenten zum Einschreiten zwingt. Jeder der großen Streiks der letzten Jahre veranlaßte eine parlamentarische Untersuchung, veranlaßte Massenpetitionen um Einwirkung der Bundesregierung auf die Großunternehmer. Damit aber erwies er zugleich die Unfähigkeit der Bundesregierung, die Trustbarone, gegen die sich die Massenstreiks richteten, ihrem Willen zu unterwerfen, und brachte damit die Kleinbürgerlichen Schichten und die Schicht der mittleren Fabrikanten, die um ihren Anteil an der gemeinsamen Ausbeutung der Arbeiterklasse zittern und durch die eiserne Unnachgiebigkeit der Willkürhäre die ganze Ausbeuterherrschaft in Gefahr gebracht sehen, gegen die Trustbarone auf. Hierzu kommen die Rivalitäten zwischen der mittleren Bourgeoisie und den Trusts auf wirtschaftlichem Gebiet, auf dem die mittleren Fabrikanten erdrückt zu werden fürchten, und auf politischem Gebiet, auf dem sie bemerken müssen, daß zum mindesten in den industriellen Oststaaten und in der Auslandsprovinz des Bundes lediglich die Interessen der Trusts, die sich oft mit den ihren im Widerspruch befinden, maßgebend sind. Die Folge hievon ist der immer lauter er-

schallende Ruf nach Verstaatlichung der großen Industrie- kongerne, der Berg- und Hüttenwerke, der Eisenbahnen. Damit aber ertönen sie langsam aber sicher in den Köpfen der Massen das individualistische Denken, dieses starke Bollwerk gegen die Erfassung der sozialistischen Grundzüge im amerikanischen Lohnarbeiter und bereiten der kollektivistischen Auffassung die Bahn. Hat die amerikanische Arbeiterklasse erst einmal die Zweckmäßigkeit der Verstaatlichung der Industrie begriffen, dann ist es nur ein Schritt zur Erkenntnis der Notwendigkeit, daß sie selber und nicht die Bourgeoisie der Staat sein muß, wenn sie davon profitieren soll, daß sie also die Staatsmacht erst erobern haben muß, um sie für ihre Zwecke und gegen die Zwecke der Bourgeoisie in Bewegung zu setzen. Die gewalttamen Eruptionen, von denen jetzt Amerika erschüttert wird, sind nur ein Vorspiel der gewaltigen Kämpfe, die in nächster Zukunft bevorstehen, und die gar nicht anders enden können — trotz vielleicht zeitweiliger Niederlagen — als mit dem Siege des Sozialismus. Wie rasch sich dieser revolutionäre Umwandlungsprozess vollziehen wird, hängt jetzt weniger ab von der größeren oder geringeren Schnelligkeit der industriellen Weiterentwicklung — die für die Volkswirtschaft maßgebende Industrie ist in Amerika schon überreif für die Ablösung des Kapitalismus durch den Sozialismus — sondern von dem Tempo, in dem sich die Gewerkschaften der Federation of Labor, die den kräftigsten Teil des amerikanischen Proletariats umfassen, dem Beispiel der ihnen angeschlossenen Bergarbeiter und Brauer folgend, auf den revolutionären Boden des Klassenkampfes und der Industriegewerkschaft stellen werden. Die parlamentarischen Untersuchungen in West-Virginien, Michigan und Colorado über die Lage der Arbeiter unter der Herrschaft einer alles kontrollierenden Großindustrie haben den übrigen Lohnarbeitern der Vereinigten Staaten einen Zukunftsspiegel vorgehalten und ihnen gezeigt, wie ihr Los beschaffen sein wird, wenn erst in ihren respektiven Berufen das in wenigen Händen konzentrierte Großkapital die absolute Herrschaft ausübt.

Durch die Untersuchungen wurde festgestellt, daß den Arbeitern der Bergwerke absolut nichts gehört, daß sie ärmer sind als die Arbeiter früherer Zeiten, ausgenommen die Sklaven. Sie tragen ihren Arbeitslohn in die Läden der Bergwerksgesellschaften, bei denen sie kaufen müssen, da die Gesellschaften vorsorglich die gesamte Konkurrenz im weiten Umkreis fortgebissen haben. Sie wohnen in den Häusern der Gesellschaften, denen auch im weiten Umkreis der gesamte Grund und Boden gehört. Wenn sie streiken, um bessere Arbeitsbedingungen zu erzielen, werden sie mit Frau und Kind aus den Wohnungen fortgetrieben; bauen sie sich in der Nähe Zelte, so feuern die

bewaffneten Strolche, die die „Ordnung“ aufrechterhalten sollen, durch die Leinwand, setzen die Zelte in Brand, treiben die Fliehenden in die Flammen zurück und schonen nicht Weib, nicht Kind, nicht Schwangere, nicht Sterbende.

Wir sehen, daß das Leben des Sklaven im Altertum relativ geschützt war durch das Interesse seines Besitzers, dessen Eigentum er war. Der moderne Lohnarbeiter ist nicht das Eigentum eines Unternehmers, er hat aber auch kein Eigentum außer seiner Arbeitskraft, die ihm in der Warenwirtschaft seinen Wert verleiht. Streift er nun gegen seinen Unternehmer, verweigert er ihm die Ausnutzung seiner Arbeitskraft, so ist sein Leben diesem weniger wert, als es das des Sklaven war. In der Zeit der Freizügigkeit, in der Zeit des leichten Weltverkehrs, in dem Land der Masseneinwanderung, ist frische Arbeitskraft leicht auf dem Markt zu kaufen, wenn ein oder zehn oder hundert Arbeiter zusammengeschossen wurden.

So ist die persönliche Freiheit, der Schutz des Lebens, den die Bourgeoisie der Gesamtheit verspricht, für den Proletarier der vertrusteten Großindustrie umgeschlagen in die erbärmlichste persönliche Verflabung, und statt frei zu werden, ist er vogelfrei geworden, vogelfrei für die Handlanger aller berer, die genügend soziale Macht und politischen Einfluß besitzen, um alle Verbrechen ungestraft begehen zu können, die sie im Interesse ihrer egoistischen Ziele für erforderlich halten. Die einzige menschliche Institution, die unter den heutigen Verhältnissen den Arbeiter vor einer völligen Verelendung, vor einer völligen ewigen Verflabung schützen kann, ist die proletarische Klassenorganisation, die ihm auch gleichzeitig die Gewähr dafür bietet, daß es ihm gelingen wird, sich erdgütig aus seiner menschenunwürdigen Lage zu befreien. Darum geht der Kampf, den jetzt die amerikanischen Dollarfürsten mit bezahlten Banditen gegen die Arbeiter unternehmen, aus auf die Zertrümmerung der Organisationen, gegen die sich auch die Mut der Großkapitalisten aller anderen Länder richtet, wenn sie sich in manchen Ländern — weil sich dort die Klassegegensätze noch nicht so messerscharf zugespitzt haben — auch heute noch in etwas zivilisierteren Formen äußert.

Dem Amerikaner wie jedem freigesinnten und nicht innerlich verflabten Mann geht nichts über die persönliche Freiheit, über die „Menschenrechte“. Nun wohl, er möge begreifen, daß er beide unter den heutigen Verhältnissen, wie sie durch die Entwicklung der Industrie gegeben sind, nur haben kann im Sozialismus, der die politische Freiheit mit der sozialen Gleichheit vereinigt und dessen Zweck nicht die Ausbeutung aller zugunsten einiger ist, sondern die freie Entwicklung aller Einzelpersönlichkeiten, deren Gesamtheit die menschliche Gesellschaft bildet.

wirken, daß in den einzelnen Ortsgruppen und Zahlstellen, wo dies notwendig ist, Einrichtungen getroffen werden, damit die einzelnen Kategorien ihre sachlichen Angelegenheiten separat besprechen können, über allgemeine Angelegenheiten in den Ortsgruppen und Zahlstellen aber immer gemeinsam beraten und gemeinsam Beschlüsse gefaßt werden.

Die Delegiertenversammlung fordert die Zentralleitung auf, den Separierbestrebungen einzelner Kategorien, welche sich innerhalb der Zentralorganisation in schädigender Weise bemerkbar machen, auf das entschiedenste entgegenzutreten. Liegen Streitgründe in den einzelnen Ortsgruppen oder Zahlstellen vor, welche die Beschwerde zur Grundlage haben, daß diese oder jene Kategorie innerhalb der Ortsgruppe nicht ihren Bedürfnissen entsprechend berücksichtigt werde, so hat die Zentralleitung diese Streitfälle auf die im ersten Teil dieses Antrages angeführte Art zu schlichten.

Die Teilung von Ortsgruppen in kleinere Gruppen u. s. w., welche infolge solcher Streitfälle oft verlangt wird, ist soweit als möglich hinzuzuhalten, im Gegenteil ist, soweit dies praktisch möglich ist, die Zusammenziehung kleinerer Ortsgruppen und Zahlstellen zu einer großen Ortsgruppe oder Zahlstelle anzustreben. Der Ausbau der Zentralorganisation ist im Interesse der Eisenbahner mit allen zweckdienlichen Mitteln zu fördern.

Nun komme ich aber zu dem Teil, der uns die Möglichkeit bieten soll, diesen Beschluß durchzuführen. Und das ist der Ausbau des Vertrauensmännersystems. Mit Unterstützung der Zentrale ist das Vertrauensmännersystem bereits in einer Reihe von Kategorien ins Leben gerufen worden. Nur zeigen sich auch da wieder Schwierigkeiten. Das Vertrauensmännersystem hat vor allem die Aufgabe, innerhalb einer Station oder bestimmten Strecke die Organisation in jeder Kategorie zu unterstützen. Mit diesem lokalen Wirkungsbereich sind aber einzelne nicht zufrieden. Es werden auch hier wieder persönliche Interessen in den Vordergrund gestellt. Es ist natürlich dagegen nichts zu sagen, daß innerhalb eines Direktionsbezirktes die Vertrauensmänner unter sich zusammenkommen. Aber auch da muß eine Grenze gezogen werden, und zwar jene Grenze, die die vorhandene Organisation bietet. Die Zentralleitung muß nach wie vor die oberste Instanz für alle Fragen der Kategorien und der Gesamtheit bleiben. Das Vertrauensmännersystem muß also vor allem allerorts örtlich begrenzt sein und es muß der Zentrale in jedem einzelnen Falle vorbehalten bleiben, die Verbindung unter den Vertrauensmännern im ganzen Reiche herzustellen. Wir wollen seitens der Zentrale das Vertrauensmännersystem tatkräftig fördern, aber es darf dadurch keine wie immer geartete Schädigung der Gesamtheit eintreten.

Aus der Debatte zu diesem Punkt der Tagesordnung sei folgendes hervorgehoben: Es werden von den eingetragenen Rednern je zwei Redner pro und contra gewählt.

(Schluß folgt.)

## Der Kapitalismus als Revolutionär.

Seit einiger Zeit tauchen in scharfmacherischen Blättern Anregungen zu neuen Ausnahmengesetzen gegen die Sozialdemokratie oder die Gewerkschaftsbewegung auf. Die „revolutionären“ Tendenzen der Arbeiterbewegung haben es diesen Staatsrettern angetan. Unbelehrbar, wie solche Leute nun einmal sind, glauben sie dem Emanzipationskampf der Arbeiter Abbruch tun zu können, wenn sie die alten Zwangsmittel anwenden, die bereits in verschiedenen kapitalistischen Ländern kläglich Schiffbruch gelitten haben. Selbst nach der Schweiz schlägt diese neue Scharfmacherwelle ihre Spillwasser hinüber, seitdem der große Massenstreik in Zürich gezeigt hat, wie tief bereits in der Schweizer Arbeiterbewegung infolge der wirtschaftlichen Entwicklung das sozialistische Klassenbewußtsein eingebürgert ist. Durch alle jene scharfmacherischen Auslassungen engherziger kapitalistischer Klassenpolitik klingt der Grundgedanke hindurch: Könnten wir nur den paar Hebern das Handwerk legen, dann würde die große Masse der Arbeiterbevölkerung wieder in die Bahnen friedlicher Einordnung in die Zwangsverhältnisse der kapitalistischen Wirtschaftsweise einlenken.

Gelänge es wirklich, irgendwo solche Scharfmacherie in gesetzgeberische und polizeiliche Taten umzusetzen, so würden deren Urheber bald erleben, daß sie ihrem Ziel keineswegs näher gekommen wären, daß sie nur größere Verbitterung noch, als die naturgemäße wirtschaftliche Entwicklung sie sowieso erzeugt, den Herzen der Unterdrückten eingepfropft hätten. Mit elementarer Gewalt würde die Emanzipationsbewegung des Proletariats die neuen Dämme überfluten und hinwegspülen. Denn was ihr eine unwiderstehliche Kraft verleiht, das ist ja nicht das Werk der Männer und Frauen, die dem Groll und dem Sehnen der emporstrebenden Massen Ausdruck verleihen und deshalb den bedrohlichen Nihilismus des Kapitalismus als die Unruhe erzeugenden Heber erscheinen — das wirklich revolutionisierende Element, das ist die kapitalistische Entwicklung selbst, und jeder, der in ihrem Dienste steht, der mitarbeitet an der Vervollkommnung des Produktionsprozesses, ist ein Revolutionär, ein allerdings fast durchwegs unbewußter Revolutionär.

An zwei Erscheinungen tritt es besonders klar zutage, wie revolutionierend die kapitalistische Entwicklung wirkt, wie sie selbst die Vorbedingungen schafft, die die Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus, also den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung, im Interesse der Menschheit fast unvermeidlich machen. Die eine dieser kapitalistischen Entwicklungstendenzen drängt auf die Zusammenballung der Einzelbetriebe zu großen Industrieverbänden, Kartellen und Trusts hin, die schließlich in einem einheitlich geleiteten Massenbetrieb mit einheitlicher Preisfestlegung einmünden müssen. Die andere Entwicklungstendenz ist die Differenzierung der Arbeit bis zur Einschulung des Arbeiters auf einen einzelnen immerwährend wiederholten Handgriff, wodurch der Arbeiter zu einem großen Maschinenbestandteil gemacht wird.

Die Zusammenballung der Einzelbetriebe eines Betriebszweiges zu einem einheitlich geleiteten Unternehmen schaltet zunächst die übergroße Mehrzahl der ursprünglichen Unternehmer als selbsttätige, disziplinierende Persönlichkeiten aus dem Produktionsprozeß völlig aus und macht sie, sofern sie nicht auf irgendeinem anderen Gebiet selbstständig werden, zu bloßen Rentenbezieher. Aber mehr noch: der einheitlich geleitete In-

dustrieverband schaltet auch die Konkurrenz völlig aus, die beständig als großer Vorzug der kapitalistischen Betriebsweise, als Hebel jedes geschäftlichen und technischen Fortschritts von den Wortführern des Kapitalismus angepriesen wird. Die Verbesserung der maschinellen Einrichtungen in einem solchen Massenbetrieb, die jetzt durch einen Konkurrenten den anderen aufgezwungen werden kann, kommt ins Stocken. So mündet die Entwicklung des kapitalistischen Betriebes zu seinen äußersten Konsequenzen geradezu in einer Periode der relativen Stagnation aus, die eine vollständige sein würde, wenn nicht andere Faktoren ihrerseits noch wieder auf Vervollkommnung der Betriebsweise hindrängen. Aber das Entscheidende für die Wertung des Kapitalismus ist, daß er in seinen höchstentwickelten Formen jedenfalls den ihm eigentümlichen Fortschrittsfaktor der Konkurrenz selbst ausmerzt. Mit der Vertrustung der Industrie fällt daher auch der letzte Grund fort, der von den Verteidigern des Kapitalismus jetzt noch zu dessen Gunsten geltend gemacht werden kann.

Wird aber erst der Sozialismus an Stelle des Kapitalismus treten, gehen alle Betriebe, große wie kleine, in den Besitz der Gesamtheit über, dann wird das gesteigerte Individualinteresse aller Betriebsmitglieder, die gleichzeitig als Gesellschaftsmitglieder auch Nutznießer des Betriebsergebnisses sind, den Einfluß der Konkurrenz als Fortschrittsfaktor in erhöhtem Maß ersetzen. Also schon die Vertrustung der Industrie bereitet revolutionierend den Sozialismus vor.

Eine zweite in gleicher Richtung wirkende Tendenz des Kapitalismus ist der Drang nach immer weiter getriebener Arbeitsteilung. In allen Massenbetrieben der verschiedensten Art, in allen Ländern, besonders aber in den Vereinigten Staaten, ist die Arbeitsteilung bereits so weit vorgeschritten, daß die Tätigkeit der meisten Arbeiter bis auf eine einzige Handreichung reduziert ist. Für den Unternehmer, richtiger gesagt, für den Dividenden schluckenden Aktionär hat das den großen Vorteil, daß ihm die Arbeit billiger zu stehen kommt, daß der Mehrwert also wächst. Denn ein Mensch, der immerfort einen einzelnen Griff vollführt, wird schließlich diesen Griff mit einem Höchstmaß von Geschicklichkeit, das heißt mit einem Mindestmaß von Kraftaufwand innerhalb eines Mindestmaßes von Zeit durchführen. Er wird also in einem gewissen Zeitraum das Höchstmaß von Leistungen vollbringen. Steigert sich so auch sein eigenes Einkommen, so steigert sich doch noch in weit höherem Maß der Unternehmer- oder Aktionärprofit.

So weit läßt sich dieser Entwicklungsgang noch in Einklang bringen mit dem Fortschrittsinteresse der Menschheit überhaupt. Aber die Steigerung der Leistungsfähigkeit der einzelnen für einzelne Handgriffe hat ihre böse Rehrseite. Ein Mensch, der Stunde für Stunde, Tag für Tag, Woche für Woche, Jahr für Jahr nur einen einzelnen Handgriff, und zwar unter steter gespannter Aufmerksamkeit zu verrichten hat, muß notwendigerweise schließlich verblöden. Er hört allmählich auf, ein denkender Mensch zu sein und wird zu einem Maschinenbestandteil. Daran ändert es wenig, daß er in seiner Erholungszeit sich auch geistig beschäftigen kann. Die Gesamtwirkung der ewigen Wiederholung ein und der nämlichen Handreichung kann nicht durch eine Ablenkung in einigen kurzen Ruhestunden wettgemacht werden. Dazu wären ganz andere Ruhepausen und ein häufiger Wechsel in der Beschäftigungsart erforderlich, beides Arbeitsbedingungen, die der kapitalistische Betrieb nicht gewähren wird.

Es braucht aber hier nicht wieder dargelegt zu werden, daß auch in diesem Fall das Kapitalinteresse mit dem Menschheitsinteresse in einen unlöslichen Widerspruch gerät, der gleichfalls zur Ersetzung des Kapitalismus durch den Sozialismus drängt.

Also unsere geschätzten Widersacher können auch hieraus die Lehre gewinnen, daß es die Verhältnisse sind, die revolutionierend wirken, daß der Kapitalismus selbst durch seine eigenen Entwicklungstendenzen über sich selbst hinausgetrieben wird, so daß er schließlich mit Naturnotwendigkeit in den Sozialismus ausmünden muß. Wir Sozialisten erläutern nur diesen Prozeß und suchen ihn durch bewußtes und planmäßiges Eingreifen zu einem schleunigen und gedeidlichen Ende zu bringen.

## Eine Vergewaltigung.

So und nicht anders muß man das Vorgehen des Präsidiums der am 24. Juni 1913 in Wien stattgefundenen Generalversammlung des Pensionsinstituts des Verbandes der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen bezeichnen, durch welches den Mitgliedern dieses Instituts das kargliche Recht, das ihnen durch das Statut gewährleistet ist, geraubt werden sollte. Ein Gewaltakt des Präsidiums, des bereits verstorbenen Herrn Ingenieurs E. A. Ziffer Edlen v. Leichenbrunn, war es, welcher im Verein mit den Mitgliedern des Ausschusses an den Delegierten ausgeübt wurde.

Dieser Artikel sollte eigentlich schon im Vorjahr geschrieben werden; nachdem aber die Delegierten sowohl mündlich als auch durch Abgeordneten Genossen Tomšik schriftlich Beschwerde gegen dieses Vorgehen an die k. k. Generalinspektion eingelegt hatten, so haben wir den Artikel zurückgestellt, in der Meinung, daß die k. k. Generalinspektion als Aufsichtsbehörde die in der Beschwerde enthaltenen Tatsachen einer eingehenden Untersuchung unterziehen und den Beschwerdeführern auch eine Antwort erteilen wird. Wir haben das in dem Glauben getan, daß die k. k. Generalinspektion, in der doch Herren sitzen, welche auf gesellschaftliche Formen halten, und der schönen Sitze, auch Niedrigeren gegenüber den Anstand zu bewahren, huldigen. Wir haben uns getäuscht; die k. k. Generalinspektion hat diese Pflicht der Höheren außer acht gelassen, ja sie hat es zuwege gebracht, einen gewählten Volksvertreter zu desavouieren; sie hat bis dato nicht nur die Lokalbediensteten, sondern auch den Abgeordneten trotz mehrmaliger Urgenzen ohne Antwort gelassen.

Wir wollen nun ausführen, um was es sich handelt: Die Mitglieder des Pensionsinstituts der österreichischen

Lokal- und Kleinbahnen kämpfen seit einer Reihe von Jahren, um eine Verbesserung der Statuten herbeizuführen, welchem Begehren stattzugeben sich die Macher im Verband des Pensionsinstituts unter allerlei wichtigen Vorwänden entzogen und zum Schluß zur Gewalt ge-griffen haben, um den Antrag Dietrich, eine außerordentliche Generalversammlung zum Zweck der Beratung des Statutenänderungsentwurfes unmöglich zu machen. Dieser Streich konnte um so eher glücken, als bei der Generalversammlung der ernannte Regierungsvertreter nicht anwesend war. Die Herren waren unter sich und glaubten, sich alles erlauben zu dürfen.

Wir wollen die Notwendigkeit einer Statutenänderung nachweisen. Das Pensionsinstitut ist zu dem Zweck gegründet worden, um den Bediensteten eine Pension und deren Hinterbliebenen ein Witwen- und Waisengeld zu gewährleisten. Durch das jetzige Statut wird aber der angestrebte Zweck der Versorgung der Bediensteten, die in ihrer Mehrzahl den niedrigeren Dienstes-kategorien angehören, nicht gerecht; es handelt sich um das Interesse, Wohl und Wehe von mehr als zweitausend solcher Bediensteten und ihrer Familien und deren Ansprüche zugunsten der Oberbeamten, welche nach Zahl und Bedürfnis in gar keinem Verhältnis zu den angeordneten Kategorien stehen. Wir heben nur nachstehende Nachteile des Statuts hervor:

1. Dieses Statut erweist sich im allgemeinen nicht zweckentsprechend, erscheint in vielen Belangen unvollständig, unklar und lüdenhaft.

2. Dieses Statut gewährleistet den zunächst und in der Hauptsache in Betracht kommenden Bediensteten niedrigerer Kategorien keinerlei oder wenigstens keine gesicherte und erfolgreiche Teilnahme an der Führung, Leitung, Verwaltung und Kontrolle des Pensionsinstituts.

3. Die Handhabung dieses ohnehin mangelhaften Statuts erfolgt seitens der Verkehrsunternehmungen und speziell seitens des Interesses der Unternehmungen einseitig während der Vorhandes in einer nicht objektiv zu nennenden Weise und vor allem nicht sachlich rational.

4. Speziell muß unter anderem auf den Mißbrauch, der mit der Bestimmung des § 9 des Statuts getrieben wird, verwiesen werden. Direktoren und Oberbeamte sind zu einem Großteil mit Pensionen bereits ausgestattet, ehemalige Eisenbahnbeamte; sie beziehen bei ihrem Eintritt in das Pensionsinstitut bereits Versorgungs-geld aus ihren früheren Stellungen. Es wird von nun an für dieselben das höchst zulässige Dienstverdienst als Beteiligung an dem Pensionsinstitut angemeldet, um sich dann nach mehr oder minder kurzer Zeit wieder aus diesem Pensionsinstitut pensionieren zu lassen. Auf diese Weise wird auf Kosten der Bediensteten niedrigerer Kategorien und zu deren Schaden dieses Institut zum Zwecke der Sammlung von Pensionen benützt, zur Pensionshäufung und -konzentrierung in ein und derselben Person. Wir verweisen beispielsweise auf den Fall des Direktors der elektrischen städtischen Bahnen in Brünn, der einer näheren amtlichen Untersuchung bedürfen würde.

5. Diese, für das Institut an sich und der demselben angehörigen Majorität der Bediensteten nachteilige Situation sichern sich die Unternehmungen dadurch, daß den Lokalpensionsausschüssen in ihrer Mehrzahl die einzige Möglichkeit, wenigstens indirekt Einfluß auf eine korrekte Verwaltung des Instituts nehmen zu können — das ist die Beteiligung an der Generalversammlung — dadurch entzogen wird, daß die nach § 38, Absatz 1, des Statuts vorgesehenen Vertreter der einzelnen Lokalpensionsausschüsse von den Unternehmungen, die ja ohnehin nach der zitierten Statutenbestimmung durch ihre eigenen Delegierten bei dieser Versammlung vertreten sind, nicht aus der Reihe der gewählten Bediensteten niedrigerer Kategorien, sondern vorwiegend aus der Reihe der von den Unternehmungen ernannten Mitglieder entnommen werden, wodurch die letzteren bei der Generalversammlung doppelt vertreten erscheinen.

Von diesen Erwägungen ausgehend, wurde eine Statutenänderung angestrebt, und in der besprochenen Generalversammlung vom 24. Juni 1913 stellte der Vertreter der Stubaitalbahnen Dietrich den Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung, in welcher der vorgelegte Entwurf einer Statutenänderung durchberaten werden sollte.

Laut Bestimmungen des § 38, Absatz 6, lit. d, ist eine außerordentliche Generalversammlung dann einzuberufen, wenn ein Viertel der Lokalpensionsausschüsse das verlangt, und es wird dort weiter bestimmt, daß dieser Antrag in der Generalversammlung vorgebracht werden kann. Im § 39, Absatz 8, ist ausdrücklich gesagt, daß dieses Verlangen auf der Tagesordnung nicht zu stehen braucht. Trotzdem dieser Antrag formell und materiell korrekt war und den Bestimmungen der Statuten nach jeder Richtung hin vollkommen entsprochen hat, hat der Vorsitzende Ziffer jedes Recht, Anstand und Moral beiseite schiebend, die Stellung dieses Antrages nicht zugelassen und die Generalversammlung rajad geschlossen.

Das war jedoch nicht der einzige Rechtsbruch, welchen sich die Herren geleistet haben; auch die Durchführung der Wahl waltet jedem, wenn auch noch so primitiven Begriff von Recht und Anstand.

Gemäß § 38, Absatz 1, der Statuten besteht die Generalversammlung aus Delegierten der beteiligten Verkehrsunternehmungen einerseits und Vertretern der einzelnen Lokalpensionsausschüsse andererseits. In der Generalversammlung hat die Wahl des siebenköpfigen Vorstandes in der Art zu erfolgen (§ 31, Absatz 1), daß drei Mitglieder von den Delegierten der Unternehmungen, drei Mitglieder von den Vertretern der dem Pensionsinstitut angehörenden Bediensteten durch Vermittlung der Lokalpensionsausschüsse gewählt und ein Mitglied vom Ausschuss des Verbandes der Unternehmungen entsendet wird. Die Wahl der sechs Mitglieder des Vorstandes (§ 31, Absatz 4) hat mittels Stimmzettel in der

Weise zu erfolgen, daß jeder Wähler der beiden Wahlkörper der Unternehmer und Bediensteten in der Generalversammlung auf seinen Wahlzettel so viele Nummern setzt, als Mitglieder zu wählen sind.

Das Statut setzt demnach eine unbeeinflusste, freie Wahl fest, ohne eine Bestimmung zu beinhalten, daß auch mittels Vollmacht gewählt werden könnte.

Was taten aber die Herren? Sofort beim Eintritt in das Versammlungslokal und bei der Unterzeichnung der Präsenzliste ist den Vertretern der Lokalfunktionsausschüsse, welche zumeist in sich die Bediensteten der Unternehmungen vereinigen, eine Druckförmel eingehändigt worden, welche die Ueberschrift: „Pensionsinstitut des Verbandes der österreichischen Lokal- und Kleinbahnen“ trägt und die lediglich für die Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse bestimmt war. Diese Druckförmel stellt daher, wenn man die Verhältnisse so betrachtet, wie sie tatsächlich im Leben liegen, entschieden eine Anweisung an die nichts weniger als unabhängigen Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse dar, jene Persönlichkeiten zu wählen, welche die Unternehmungen gewählt wissen wollen. Kurz, dieser „Wahlbefehl“ ist Terrorismus ärgster Sorte.

Den Herrschaften genügt jedoch dieser Terrorismus nicht und sie versuchen es, das Wahlsüch noch in einer anderen Weise zu korrigieren.

Nach der Präsenzliste sollen angeblich 39 Delegierte der Verkehrsunternehmungen und 35 Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse — zusammen 74 — an dieser Generalversammlung teilgenommen haben. De facto waren aber nicht einmal 50 Personen anwesend. Die 35 Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse repräsentieren richtig insgesamt 1483 Stimmen; die abweichenden Angaben im Verhandlungsprotokoll sind ebenso unrichtig, wie die Feststellung der Stimmzahlen bezüglich der Delegierten der Verkehrsunternehmungen. Diese haben richtig 1632 und nicht, wie es im Protokoll heißt, 1663 Stimmen betragen. Nun haben 24 Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse mit 475 Stimmen gegen die Unternehmerliste Stellung genommen. Für diese Liste sollen aber weitere 1019 Stimmen von den restlichen Vertretern abgegeben worden sein. Es wurden daher überhaupt mehr Stimmen für und von Lokalfunktionsausschüssen abgegeben, die entweder gar nicht oder nicht in der Art bei der Generalversammlung vertreten waren, wie das Statut es will und vorsieht. Es mußten daher diese 11 Vertreter außer für die Ausschüsse, welchen sie angehören, von denen sie als Vertreter zur Generalversammlung gewählt wurden und für die sie als „Vertreter“ erscheinen sollten, auch noch für andere Ausschüsse das Wahlrecht mittels Vollmacht ausgeübt haben. Vollmachtswahlen sind jedoch im Statut nicht vorgesehen und daher unzulässig. Es sei hiemit ausdrücklich konstatiert, daß die im Protokoll festgestellte Anzahl der abgegebenen Stimmen 1513 absolut falsch ist. Die Rechnung stellt sich folgendermaßen dar:

Von den 11 Unternehmervertretern der Lokalfunktionsausschüsse für die Unternehmerkandidatenliste abgegebenen Stimmen betragen laut Protokoll 1019 Stimmen, die Gegenkandidaten von den 24 Bedienstetenvertretern 475 Stimmen, leer 37 Stimmen, zerstückelt 14 Stimmen, zusammen 1545 Stimmen.

Danach waren also 72 Stimmen mehr abgegeben worden, als überhaupt vertreten waren oder vertreten sein konnten. Selbst wenn die Angaben des Protokolls richtig wären, daß die Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse mit 1513 Stimmen vertreten gewesen sein sollen, so ergibt sich noch immer ein Plus von 32 faktisch abgegebenen Stimmen gegenüber den laut Präsenzliste und Protokoll vertretenen Stimmen. Ja noch mehr: gar nicht vertretene, nicht anwesende Lokalfunktionsausschüsse erscheinen als Wähler. Laut Präsenzliste war beispielsweise der Lokalfunktionsauschluß der Krakauer Tramway bei der Generalversammlung gar nicht vertreten, trotzdem ist für dieses Ausschlußmitglied gewählt worden.

Es wurde genau beobachtet und konstatiert, daß während des Wahlaktes Delegierte der Verkehrsunternehmungen sich aus dem Saal entfernten, für die Vertreter der Lokalfunktionsausschüsse bestimmte Stimmzettel sich ausfolgen ließen und diese Zettel auch abgegeben haben.

Alle diese Ungehörlichkeiten, alle diese Wahlbeeinflussungen und dieser offenkundige Wahlwindel, aber bei der Generalversammlung geübter Terrorismus und vorgekommene Rechtsbeugung, haben die Bediensteten veranlaßt, bei der Generalversammlung Protest zu erheben und nächsten Tag eine mündliche Beschwerde bei der k. k. Generalinspektion zu führen und zu erheben, daß nicht nur die Wahl, als unrechtmäßig vorgenommen, annulliert, sondern auch die Verfügung getroffen wird, daß der von der Regierung ernannte Kommissar an der Generalversammlung teilnimmt, was schon jahrelang nicht geschehen ist. Man hat den Bediensteten auch die Zusage gemacht, daß die Beschwerde Gegenstand einer Untersuchung sein wird, bis heute — fast nach einem Jahr — sind die Bediensteten ohne Antwort geblieben. Abgeordneter Genosse Tomšič hat eine ausführliche, wohlmotivierete Beschwerde an die k. k. Generalinspektion gerichtet und um strenge Unterbindung dieser Vorgänge ersucht und beantragt, daß 1. die Wahl annulliert wird, 2. daß eine außerordentliche Generalversammlung zwecks Neuwahl und Beratung des Statutenentwurfs einzuberufen angeordnet wird, und 3. daß zur Überwachung der ordnungsmäßigen Beobachtung ein Regierungskommissar zu der Generalversammlung entsendet wird. Trotz mehrmaliger Urgenzen hat sich die k. k. Generalinspektion nicht bewegen gefunden, auch nur eine Antwort zu geben.

Die hohe k. k. Generalinspektion möge sich befinden und möge noch in letzter Stunde den Herren Machern im Verband des Pensionsfonds der Lokalbahnen das Handwerk legen und ermöglichen, daß die diesjährige Generalversammlung im Rahmen des Gesetzes und statutarischen Bestimmungen sich abwickelt, und die Bediensteten in jene Rechte eingesetzt werden, die ihnen als Mitglieder des Pensionsinstituts gewährleistet sind.

Nun aber auch ein ernstes Wort an die Lokalbahnbediensteten. Die vorjährige Generalversammlung mußte den Bediensteten die Augen geöffnet haben, sie mußten zur Erkenntnis gelangt sein, daß eine solche Behandlung, wie sie sie erfahren haben, nur deswegen möglich war, weil sie, vom Kostengeist zerrissen, nicht fähig sind, gegen ihre Bedrückter Stellung zu nehmen und ihr Recht wahren zu können. Sie können ihre Interessen nur auf dem Boden der einheitlichen Organisation stehend wahren, und es ist dringend notwendig, daß sie diese Mahnung beherzigen und sich ihrer Pflicht als ernste Männer endlich bewußt werden. Sie mögen die Notwendigkeit der Organisation erkennen, jener Organisation, die für einen Teil der Lokalbahnbediensteten Erfolge errungen, und sich dieser anschließen, um ihr in dem Bestreben, ihre Interessen zu wahren, den nötigen Rückhalt bieten zu können. Hoffen wir, daß unsere gut gemeinten, ernstesten Worte Widerhall bei den Lokalbahnern finden werden.

### Von der Personalkommission der Buxtehieder Eisenbahn.

Bericht der Personalkommissions-Sitzung vom 28. April 1914. (Sektion Unterbeamte.)

Die Sitzung wurde vom Vorsitzenden Herrn Inspektor Gabriel im Sitzungssaal des Administrationsgebäudes um 1/9 Uhr abends mit einer kurzen Begrüßung eröffnet. Anwesend waren die Herren: Zentralinspektor Serget als Referent der Verwaltung, Oberkommissar Mann in der Eigenschaft als Stellvertreter des Vorsitzenden, Genosse Keller als ernanntes und die Herren Reuber, Karafiat und Jugl sowie die Genossen Gasler und Thürmer als gewählte Mitglieder. Die Tagesordnung lautete: 1. Bestellung eines Schriftführers nach § 14 der statutarischen Bestimmungen. 2. Wahl zweier Delegierter und eines Ersatzmannes nach § 8 der Bestimmungen behufs Ermöglichung etwa notwendig werdender gemeinsamer Sitzungen. 3. Begutachtung der von einzelnen Kommissionsmitgliedern eingebrachten Anträge.

Ad 1. Als Schriftführer wird Herr Revident Tusek seitens des Herrn Vorsitzenden bestellt.

Ad 2. Zu Delegierten für Plenarsitzungen werden Herr Karafiat und Genosse Thürmer, zum Ersatzmann Herr Reuber gewählt.

Ad 3. Infolge der großen Zahl der Anträge und der umfangreichen Diskussion ist es nicht möglich, den Inhalt der einzelnen Referate in der Presse zu behandeln. Zum Beweis dessen, daß eine gründliche Behandlung der Anträge stattfand, diene, daß die Sitzung von 1/9 Uhr vormittags bis 1/4 Uhr nachmittags ohne Unterbrechung währte. In erster Linie wurden die Initiativanträge der Genossen Gasler und Thürmer in Behandlung genommen. Wehliche Anträge der übrigen Herren wurden unteren angepaßt, unter, einem in Verhandlung gezogen und zumeist einstimmig seitens der Mitglieder angenommen.

Antrag 1: Errichtung einer Disziplinarkommission; die bezüglichen Statuten wären der Personalkommission zur Begutachtung vorzulegen.

Antrag 2: Schaffung einer Dienstpragmatik, welche vorerst der Personalkommission zur Begutachtung vorzulegen ist.

Antrag 3: Kranken-, Waffenübungs- sowie kurze Urlaube zur Besorgung von privaten Angelegenheiten sind in die Erholungsurlaube nicht einzurechnen. Während der dienstfreien Zeit ist das Verlassen des Stationsortes ausnahmslos zu gestatten.

Antrag 4: Jeder Bedienstete ist mit allen Gehalts-, Personal-, Disziplinär-, Gebühren-, Steuer-, Krankenkassen-, Unfall- und Pensionsvorschriften zu versehen.

Antrag 5: Das normierte Ueberziehungspauschale ist ausnahmslos bei allen Versetzungen auszuführen.

Antrag 6: Zuerkennung beziehungsweise Erhöhung der Personalzulage für Bedienstete, die in Grenz- beziehungsweise Anschließstationen Dienst für fremde Bahnverwaltungen versehen.

Antrag 7: Die Diensträume und Kasernen sind in einem allen hygienischen Anforderungen entsprechenden Zustand herzustellen und zu erhalten. Insbesondere müssen sich die Uebernachtungs- und Unterkunftsräume in einem einwandfreien Zustand befinden. Den Bediensteten ist die Gelegenheit zu geben, die Abstellung sanitätswidriger Zustände zu verlangen.

Antrag 8: Sämtlichen im Aktiv- und Ruhestand befindlichen Bediensteten sollen Lebensmittelpreiszetteln mit freier Wahl der Einkaufsorte verahfolgt werden.

Antrag 9: Dem im Ruhestand befindlichen Bediensteten sind für ihre Person sowie ihrer Angehörigen in Bezug auf Gewährung von Freifahrten für die gesellschaftlichen Sitten, dann von Freifahrtzertifikaten für den Lebensmitteleinkauf dieselben Rechte zuzugestehen, welche dieselben im aktiven Dienst hatten.

Antrag 10: Die Generaldirektion wird ersucht, bei der nächsten Direktorenkonferenz den Antrag zu stellen, daß das allgemeine Fahrbeginntagübereinkommen vom Jahre 1907 dahin abgeändert werde, daß auch den im Ruhestand befindlichen Bediensteten sowie deren Angehörigen überkommengemäß dieselben Rechte in Bezug auf Gewährung von Freifahrten und Karten zum Regiepreis eingeräumt werden, wie den aktiven Bediensteten.

Antrag 11: Beteiligung der Bediensteten und Arbeiter mit Freifahrtentloos (je 12 Coupons) für Fahrten der Bediensteten und deren Angehörigen, analog der A. L. E. für Schnellzüge gültig. Billige Berücksichtigung motivierter Ansuchen der Bediensteten und deren Angehörigen zur Verhinderung der Schnellzüge eigener und fremder Bahnen bei einfachen Regiepreisen.

Antrag 12: Alle Verbesserungen sowohl materieller als auch rechtlicher Natur, welche den Bediensteten und Arbeitern der k. k. österreichischen Staatsbahnen in Zukunft zugestanden werden oder dort bereits bestehen, haben unverzüglich auch für die Bediensteten und Arbeiter der ausschließlich privilegierten Buxtehieder Eisenbahn in Kraft zu treten.

Antrag 13: Die Auszahlung der Gehalte der Bediensteten hat an jedem Ersten des Monats, die Auszahlung der Nebenbezüge (Prämien, Kilometergelder) wie bisher am 15. eines jeden Monats zu erfolgen; wenn der Zahltag auf einen Sonntag oder Feiertag fällt, wäre die Auszahlung der Gehalte an dem vor diesen Tag fallenden Wochentag zu leisten. Außerdem wäre für die Auszahlung ein passendes Lokal ausfindig zu machen, damit bei der Auszahlung die Bediensteten nicht mit dem reisenden Publikum in Berührung kommen.

NB. Diefem Antrag ist bereits zur Gänge Rechnung getragen worden; es wird hiezu ein Antrag, demzufolge die Ausweise der Bezüge drei Tage aufzulegen sollen, auf Anregung des Genossen Gasler angenommen.

Antrag 14: Kaufkalisierung der Dienstkleider für alle jene Bediensteten, welche bis heute keine Uniform beziehen, und zwar für Unterbeamte mit 150 Kr., für Diener mit 100 Kr.

NB. Bei diesem Antrag werden zahlreiche Beschwerden über die gelieferten Uniformen seitens der uniformierten Bediensteten eingebracht. Desgleichen wird ein von unseren Genossen gestellter Antrag angenommen, daß es dem Personal freigestellt sei, entweder lange oder kurze Pelze zu wählen.

Antrag 15: Dem Fahrpersonal ist sowohl auf allen Haupt- wie auch auf allen Lokalfrieden die volle, im Stundenpaß eingetragene Zeit, einschließlich der Vorbereitungszeit (eine Stunde bei Zugführern und Manipulanten, eine halbe Stunde für das übrige Fahrpersonal) bei allen Zügen und ohne Rücksicht auf deren Belastung als Dienstzeit anzuzurechnen.

Antrag 16: Um die Beantwortung der von der Personalkommission gestellten Initiativanträge wird in der nächsten Sitzung ersucht.

NB. Hiezu wird ein Zusatzantrag angenommen, demzufolge jedem Mitglied der Personalkommission ebentens eine Abschrift des Protokolls nach jeder Sitzung zugesendet werden soll.

Antrag 17: Abschaffung der Gehaltsstufe von 1800 Kr. und Festsetzung der Vorrückungsfristen mit je zwei Jahren sowie des Mindestgehaltes mit 3000 Kr. für alle Unterbeamten, soweit sie nicht ohnehin höhere Endgehälter haben.

Antrag 18: Einreihung sämtlicher Unterbeamten in jene Gehaltsstufe, welche ihnen nach ihrer Dienstzeit unter Zugrundelegung der neuen Vorrückungsvorschriften für die betreffende Kategorie, in welcher sie sich derzeit befinden, gebühren würde. Diese Aktio soll aufgestrichen durch Abkürzung der normalen Vorrückungsfristen auf je ein Jahr durchgeführt werden.

Antrag 19: Das Quartiergehaltschema ist analog den Anträgen der Personalkommission bei den k. k. Staatsbahnen festzusetzen, und zwar in folgender Weise:

Das Quartiergehalt ist mit Berücksichtigung des Umstandes, daß mit geringen Ausnahmen das Wohnen in der Provinz ebenso teuer zu stehen kommt als in Wien, in nur zwei Quartiergehaltsgruppen zu teilen und soll die zweite Gruppe um 50 Kr. niedriger als die erste sein.

Gehalt Kronen	Quartiergehalt:	
	Gruppe A	Gruppe B
1400	600	550
1600	700	650
1800	800	750
2000	900	850
2200	900	850
2400	1000	950
2600	1000	950
2800	1100	1050
3000	1100	1050
3200	1200	1150
3400	1200	1150

Die Einreihung der Stationen in die beiden Quartiergehaltsgruppen hat unter Beiziehung der Personalkommissionsmitglieder zu erfolgen.

Zuweisung von Naturalwohnungen an die Verkehrsdienst ausübenden Bediensteten.

Den Stationsleitern sind die Naturalwohnungen im Aufnahmgebäude unentgeltlich zu überlassen.

Den zugewiesenen Bediensteten ist eine 50prozentige Ermäßigung zu gewähren; den übrigen Bediensteten ist die Uebernahme einer Naturalwohnung freizustellen.

Siderung entsprechender Kapazitäten zum Bau einer genügenden Anzahl Personalhäuser mit billigen und hygienischen Wohnungen für das Personal in allen Stationen, wo Personalhäuser gebaut werden können.

NB. Dieser letzte Teil des Antrages 19 soll dem Pensionsfondsausschuss zur Behandlung zugewiesen werden, weil er angeblich nicht in die Kompetenz der Personalkommission gehört.

Zu dem Antrag 19 wurde unsererseits der Wunsch geäußert, insoweit dieser Antrag nicht erfüllt werden kann, das Quartiergehalt in Prag mit jenem von Wien gleichzustellen. Komotau und Kralup a. d. N. sollen das jetzige Prager Quartiergehalt zuerhalten. Die letzte Quartiergehaltsstufe soll aufgeschoben werden und alle Stationen dieser Stufe in die nächsthöhere vorrücken.

Antrag 20: Die anderthalbfache Anrechnung der gesamten im egyptischen Dienst zugebrachten Dienstzeit für die Bemessung der Pension.

Für das übrige Personal ist die anrechenbare Dienstzeit von 35 auf 30 Jahre herabzusetzen.

NB. Dieser Antrag soll ebenfalls dem Pensionsfondsausschuss zugewiesen werden.

Antrag 21: Erhöhung der Diäten von 4 Kr. auf 6 Kr. und von 6 Kr. auf 8 Kr. per Tag und Aufhebung der Diäten und Zehrgeldreduzierung.

Erhöhung der Unterkunftsgebühren für das Lokomotiv- und Zugbegleitungspersonal auf 3 Kr. per Nacht, wenn selbes privat wohnen muß.

Für eine vor Mitternacht begonnene und nach Mitternacht beendete Dienststunde gebührt das volle Zehrgeld. Herabsetzung der Karenzfrist von 72 Stunden auf 48 Stunden beim Zug- und Lokomotivpersonal.

Antrag 22: Aenderung der Vorschriften über die Untersuchung des Seh- und Gehörvermögens auf Grundlage der Durchführung im praktischen Dienstverhältnis, wobei die Bestimmungen eingehalten werden muß, daß derjenige, der die Ueberprüfung einmal ohne Anstand abgelegt hat, von jeder weiteren Ueberprüfung des Farbensinnes zu befreien ist. Aenderung der bestehenden Signalisierung der Strecke durch Abschaffung der farbigen Signale und Einführung zweckentsprechender Signale mit weißem Licht.

NB. Herr Zentralinspektor Serget erklärte hiezu im Auftrag der Verwaltung, daß hier die Bestimmungen des k. k. Eisenbahnamtens sowie der k. k. Generalinspektion als Aufsichtsbehörden eingehalten werden.

Antrag 23: Gewährung eines dienstfreien Wochentages in jedem Monat behufs Erledigung von Familienangelegenheiten und Regelung der jährlichen Erholungsurlaube nach folgenden Normen:

Bei einer Dienstzeit bis zu 10 Jahren 14 Tage; bei einer Dienstzeit bis zu 20 Jahren 21 Tage; bei einer Dienstzeit über 20 Jahre 28 Tage.

Antrag 24: Die Anstellung soll bei den Lokomotivführer-anwärtern mit 1000 Kr. Anfangsgehalt, analog den k. k. Staatsbahnen, erfolgen. Die Ernennungsfrist zum Lokomotivführer (Unterbeamten) soll von derzeit sieben auf fünf Jahre, dem ad hoc-Erlaß entsprechend, herabgesetzt werden. Demzufolge wäre allen Anwärtern, welche noch mit 900 Kr. angestellt wurden, die Vorrückungsfrist so zu kürzen, damit diese in angeführter Zeit den Unterbeamtencharakter erreichen.

NB. Dieser Antrag wurde mit 1. Jänner 1914 durchgeführt. Bezüglich einiger Kürzungen der Vorrückungsfristen wird nach Maßgabe verfügbarer Mittel auf später verwiesen.

Antrag 25. Bis zur Einführung der Tagesdiäten an Stelle der heutigen variablen Bezüge soll dem Lokomotivpersonal von Kralup a. N. und Smidov hinsichtlich der besonderen Dienste und Ortsverhältnisse nach den Bestimmungen des Gehaltsregulativs der k. k. Staatsbahnen eine 25prozentige Erhöhung des Kilometergeldes gewährleistet werden. Dem gesamten übrigen Lokomotivpersonal soll inklusive des im Tagespauschale stehenden Lokomotivpersonals von Kollaschowitz eine 15prozentige Erhöhung zugesichert werden. Die Erhöhung für Beschieben soll analog den k. k. Staatsbahnen erhöht werden. Die Materialerparnisprämien sollen derart reguliert werden, daß monatlich bei Schnellzügen mindestens 65 Kr., bei Personen- und Lastzügen mindestens 45 Kr. und beim Referendariat mindestens 35 Kr. garantiert werden. Gewährung eines Entgelts für die Bereitschaften und Nachtreferden.

Der Antrag 26 hinsichtlich des Quartiergeldes ist bereits im Antrag 19 enthalten, entfällt daher.

Antrag 27. Den in den Vorjahren mittels Memorandums behufs Verfürgung der Wartestellen für die nächste Vorrückung bekanntgegebenen und unberücksichtigt gebliebenen Führern soll die nächste Vorrückungsfrist gefügt werden. Dabei wird auch auf jene verwiesen, welche aus irgendwelchem Grunde nicht in ihrer Gehaltsstufe stehen, erfolglos seinerzeit ersuchten und derzeit wieder mündlich oder schriftlich bittlich werden, zumal diese Angelegenheiten (weil konkrete Fälle) in der Personalkommission nicht in Behandlung genommen werden können. Als nicht in der Reihenfolge und gegen andere Jahrgänge zurück befindlichen die Führer der Anstellungsjahre 1898, 1897, 1896, desgleichen die Führer Kühnel und Chroust des Jahrganges 1904 sowie der Anwärter Frank (Komotau), welcher ein Jahr später als seine Alterskollegen ohne Grund definitiv wurde.

Der Antrag konnte, wie im Antrag schon erwähnt, nicht verhandelt werden. Es wird nach Maßgabe der Mittel auf später verwiesen, zumal ein allgemeiner Antrag Nr. 18 vorliegt.

Antrag 28. Die von seiten einer löblichen Geschäftsabteilung für Zugförderung stipulierten Turnusse sollen einen Monat vor dem Zutraftreten dem Personal, beziehungsweise dessen Vertrauensmännern bekanntgegeben werden, damit gegebenenfalls Beschwerden eingebracht werden können. Die Beschwerden sollen Berücksichtigung finden. Das Personal erwartet ferner, gestützt auf die im 1. 1. Eisenbahnministerium gemachte Zusage zwecks Besserstellung des Dienst- und Ruhezeitverhältnisses bei den 1. 1. Staatsbahnen, auch von einer löblichen Generaldirektion die Durchführung der in Aussicht stehenden Turnusverbesserungen. Im Interesse einer genügenden Ruhezeit wünscht das Lokomotivpersonal durchgreifende Reformen beim Kohlenladen. Genügende Leute und Vermehrung immer vorrätig gefüllter Körbe werden allein schon eine namhafte Besserung bringen. 12/24stündiger Dienstturnus in alle Verschiebestationen für das Lokomotiv- und Verschiebepersonal und für die Kohlenlader.

NB. Der Antrag wird hinsichtlich der Turnusse auf das Zugbegleitungspersonal ausgedehnt.

Antrag 29. Das gesamte in Komotau dienstverrichtende Personal urgiert den Antrag wegen Gewährung einer Ausstellungsvergütung oder Entschädigung anlässlich der in Komotau tagenden Landesschau und erwartet von seiten einer löblichen Generaldirektion infolge der Teuerung, der stärkeren Verkehrsfrequenz und der erhöhten Einnahme eine entgegenkommende Saktung.

Der Antrag wird, weil nicht so durchgeführt, aufrecht erhalten.

Antrag 30. An Stelle der jetzigen Braunkohle als Regieholz soll entweder eine gute Schwarz- oder Braunkohle verarbeitet werden.

Antrag 31. Den im Heilverfahren stehenden Unfallrentnern soll die bei den 1. 1. Staatsbahnen gewährte Zusatzrente im Ausmaß von 10 Prozent bei der 60prozentigen und von 40 Prozent bei der 60prozentigen Rente zugesprochen werden.

Soweit unsere Anträge, Herr Zugl vom Reichsbund brachte noch folgende Anträge ein:

Den Flakmeistern und Hochsignaldienern sollen fixe Zulagen gewährt werden.

Einführung einer Saisonzulage in Karlsbad.

Ernennung des Zugbegleitungspersonals zu Unterbeamten in der Gehaltsstufe von 1200 Kr.

Gleichstellung der Manipulanten mit den Zugführern im Stundengeld.

Bei Hüttelwagen sollen die Mängel der Heizung behoben, Gasbeleuchtung eingeführt und die Dächer besser in Ordnung gehalten werden.

Auf der Hauptstrecke sollen in den Stundenpässen die Namen der Stationen gleich mit vorgedruckt werden. Der feuchte Zugstempel soll abgeschafft werden.

Ein dienstfreier Tag im Monat für das Zugbegleitungspersonal in Briefen.

Bei den mehr als acht Stunden ununterbrochen in Anspruch nehmenden Zügen soll eine Stunde Mittagspause eingestellt werden und ein entsprechendes Lokal zum Aufwärmen oder Kochen zur Verfügung stehen.

NB. Mit Rücksicht darauf, als in der Sommerfahrordnung bei den länger als acht Stunden andauernden Zügen diesbezüglich erst Erfahrungen gesammelt werden sollen und es unseres Erachtens nach besser ist, solche Züge zu teilen, als durch diese Mittagspause die Fahrbauer der Züge noch um eine Stunde zu verlängern, zieht Herr Zugl seinen Antrag zurück.

Die Korrekturen sollen entweder von besonderen Kräften durchgeführt werden oder sollen Texturen verfolgt werden.

Der Antrag, daß in der periodisch monatlichen Schulung jedwede Prüfung von seiten des Schulungsbeamten entfällt, um ältere Bedienstete vor jüngeren nicht zu kompromittieren, wird abgelehnt.

Weitere Anträge des Herrn Karafiat (Zednota):

Einem freien Sonntag oder Wochentag im Monat für die Signaldienner.

Gewährung besonderer Bauzulagen bei größeren Neubauten für die Signalmeister.

Gewährung von Erhaltungsprämien für die Signalmeister.

Erhöhung der bestehenden Ortszulagen.

Befestigung eines Wagens für die in Mafonitz die Schule besuchende Jugend von Lužna bei den in Betracht kommenden Zügen.

Anträge des Personalkommissionsmitgliedes Herrn Šerých (Bahnerhaltung):

Ernennung der Bahnmeister zu Beamten.

NB. Dieser Antrag wurde auch von seiten des Herrn Karafiat für die Signalmeister gestellt. Nachdem sich die Herren nicht entschließen konnten, diesen Antrag allgemein auch für andere Unterbeamtengruppen zugänglich oder annehmbar zu gestalten, wurde er abgelehnt.

Errichtung geeigneter Kanzleien oder Entschädigung in Ermangelung solcher.

Berechtigung der Bahnmeister zum selbstständigen Ausstellen von Zertifikaten und dergleichen.

Berechtigung zur Fahrt in der zweiten Wagenklasse für alle Unterbeamten, auch für die Familienangehörigen.

Besondere Anträge des Herrn Menber (Zentraldienst):

Ältere Unterbeamten sollen bei entsprechender Qualifikation und dienstlicher Verwendung zu Beamten ernannt werden.

Der Antrag wegen Gewährung von Weihnachtserminderungen wurde von seiten des Herrn Neuber zurückgezogen, weil die Zuwendung von Unterstützungen, welche vorjährig den Betrag von 68.000 Kr. erreichte, in Frage gestellt wäre.

Bezüglich des künstlichen Zahnerfases und dessen Reparatur auf Kosten der Krankenkasse erklärt Herr Zentralinspektor Herget, daß dieser Antrag vor den Krankentassenauschuß gehöre. Wir verweisen darauf, daß unserem Mitglied im Krankentassenauschuß bereits ein diesbezüglicher Antrag zugegangen sei.

Nachdem die Tagesordnung hienit erschöpft war, dankt der Vorsitzende und schließt die Sitzung um 1/4 Uhr nachmittags.

### Inland.

#### Noch mehr agrarische Ausbeutung.

Im Schützenaal zu Eger fand am 22. Mai eine vom Deutschpolitischen Verein zur Vertretung ländlicher Interessen gemeinsam mit dem deutschagrarischem Vertrauensmännerausschuß des Egerlandes einberufener Bauerntag für ganz Deutschland statt, bei welchem der Reichsraabritter v. Hohenblum eine seiner berichtigten agrarischen Forderungen hielt. Er betonte die Wichtigkeit des Zusammenwirkens der Agrarier aller Nationalitäten in der Landwirtschaftlichen Zentralstelle zur Aufrechterhaltung der Getreidezölle und der Abwehr der Vieheinfuhr. Die agrarische Bewegung sei aber noch viel gearbeitet werden, denn dann werde bei Erneuerung der Handelsverträge der Kampf sich erst in seiner vollen Schärfe entwickeln. Nunmehr sei auch in Preßburg ein Bündnis mit den ungarischen Agrariern geschlossen worden. Trotz aller gegen die Bauernschaft gerichteten Agitation werden die Getreidezölle in Oesterreich-Ungarn nicht um einen Heller ermäßigt werden; auch die Grenzen werden nach wie vor gegen die Vieheinfuhr geschlossen bleiben. Man werde im Gegenteil nun auch an die Schaffung eines Schutzes für die Flachsbauern, die Milchproduzenten und den Gemüsehau schreiten. Wenn die österreichischen und ungarischen Agrarier zusammenhalten, sind sie so mächtig, daß sie hüten wie drüben Regierungen stürzen und schaffen werden.

Neuber schloß seine Ausführungen: „Im Jahre 1917 wird es zu großen Kämpfen kommen. Dann ist es erforderlich, daß in großen Massenversammlungen die Bauernschaft mächtig ihre Stimme erhebt. Und wenn dies nichts fruchten sollte, dann folgen Sie seinerzeit dem Rufe der Agrarischen Zentralstelle zu einer Massenfundgebung auf der Ringstraße in Wien. Dann kommen Sie, zu zeigen, daß die Bauern die Majorität der Bevölkerung bilden, und daß wir nicht dulden werden, daß über unsere Köpfe hinweg in Oesterreich regiert wird.“

Das ist so ziemlich das Aeußerste, was an agrarischer Frechheit geleistet wurde. Hohenblum istiert heute schon dem österreichischen Parlament und der Regierung, wie sie im Jahre 1917 zu entscheiden haben. Die Getreidezölle werden nicht um einen Heller ermäßigt und die Grenzen werden nach wie vor gegen die Vieheinfuhr geschlossen bleiben. Ja, noch mehr: Der Milchwucher soll gelehrt geschickt werden und es sollen die Grundlügen für einen gelehrt geschickten Gemüsehauer geschaffen werden. Also statt Widerung des Golddruckes vermehrte Ausbeutung, das ist das Rezept, wonach Hohenblum die herrschende Teuerung beheben will. Was kümmert den Glenden die Not der Massen, der Rückgang der Geburten, die Sterblichkeit der Kinder, wenn nur der Profit der agrarischen Kapitalisten steigt. Dabei nennen sich diese Leute christlich und national, haben in der christlichsozialen Vereinigung oder im Nationalverband ihre Vertreter, und die Städtevertreter in diesen Verbänden spielen die Rolle demütiger Seloten, die jeder agrarischen Forderung die Mauer machen müssen. Dabei ist aber Oesterreich kein agrarisches Land mehr und die Mehrheit der Bauern, von der Hohenblum fafelt, läßt sich nur so lange aufrechterhalten, als man die Kleinhäuser, welche größtenteils schon Seimarbeiter der Industrie oder Hörige eines Grundherrn sind, und die Proletarier des Landes, die Knechte und Mägde, dazu zählt.

Wenn der Reichsraabritter schließlich auch mit einer häuerlichen Massenfundgebung auf der Ringstraße droht, dann müssen wir schon heute erklären, daß uns Sozialdemokraten diese Drohung ganz kalt läßt. Wir möchten die agrarischen Wucherer nur darauf aufmerksam machen, daß sie bei einer solchen Straßenfundgebung riskieren, mit den Proletariatskräften Bekanntschaft machen zu müssen.

#### Aus dem Gumpfe der Nationalsozialen.

Die Choc-Klofac-Sviha-Leute sind innerhalb der Tischechen dasselbe, was bei uns die Deutschgelben sind. Und wie bei den Deutschgelben, offenbart sich auch bei den Nationalsozialen immer deutlicher ihr inneres Wesen der Fäulnis und Korruption. Auf die Anschuldigungen und die offene Anfrage des „Právo Lidu“, woher der tschechisch-nationale Abgeordnete Strybrny das viele Geld her hat, das er verpfeilt, antwortet die nationalsoziale Presse mit wüsten Schimpfereien und der Herr Strybrny mit einer §-19-Berichtigung. Das ist alles, was die Herren zu der deutlichen Anspielung des „Právo Lidu“ zu jagen haben, daß der Abgeordnete Strybrny aus irgendeiner schmuckigen Quelle Gelder bezieht.

Vor einigen Tagen veröffentlichte das tschechische Blatt „Národní Listy“ einen ganzen Artikel über den Vorsitzenden des Exekutivkomitees der tschechisch-nationalsozialen Partei und Präsidenten des Landesverbandes der tschechoslawischen Eisenbahner Abgeordneten Bojna, worin das Blatt ein Faktum eines vertraulichen Briefes des Herrn Bojna an einen seiner Parteigenossen abdruckt, aus welchem hervorgeht, daß Abgeordneter Bojna sich von den Eisenbahner für seine Interventionen für den Verein, dessen Vorsitzender er war, Provisionen bezahlen ließ. Es handelt sich um folgenden Fall: Bojna hatte einem Eisenbahnbediensteten versprochen, daß er ihn im Streite mit dem Landesverein für eine Publikation, welche dieser Eisenbahnbedienstete bis zu jener Zeit herausgegeben hat, im Verwaltungsausschuß eines Vereines einen Jahresbeitrag von 700 Kr. auf die Dauer von sieben Jahren erwirken werde, wenn er ihm dafür 200 Kr. und seinen Kompagnons 150 Kr. auszahlen werde, wobei er betont habe, daß der Eisenbahnbedienstete, im Fall er den geforderten Betrag nicht bezahlen sollte, jene 700 Kr. bestimmt nicht erhalten werde. Die

„Národní Listy“ teilen weiter mit, daß Abgeordneter Bojna mit dem Polizeikommissar Dr. Klima Beziehungen gepflogen habe und in zwei Fällen bei Versammlungen der Eisenbahner auf Ersuchen Dr. Klimas, der dort als landesfürsülicher Kommissar fungierte, scharfe Resolutionen gegen die Regierung fallen ließ. Als die Vereinsfunktionäre fragten, warum eine so scharfe Resolution beschlossen werden soll, habe Bojna unter dem Siegel der Verschwiegenheit erklärt, daß Dr. Klima ihm darum ersucht habe, um nach oben ein Faktum referieren zu können. — Neuberit auffällig sei den Eisenbahnbediensteten, wie es möglich sei, daß Bojna als Offiziant, der mit der Wohnungszulage einen Gehalt von 2800 Kr. bezieht, 1200 Kr. für eine dreizimmrige Wohnung zahlen, sich eine Sommerwohnung halten, seine Tochter in einem Schweizer Pensionat erziehen lassen könne. Daß Mißverhältnis zwischen seinen Einnahmen und Ausgaben lasse sich nur erklären durch den Umstand, daß Bojna Bestechungsgelder angenommen und sich ausbedungen habe. Die ganze Leitung des nationalsozialen Eisenbahnvereines mißbrauche ihre Stellung für die rein persönlichen und gewinnjüchtigen Aspirationen einzelner. „Národní Listy“ bemerken beifolgende, daß einzelnen Mitgliedern Abzüge von den Krankenunterstützungsbeiträgen gemacht werden, die verschiedenartig als erdichtete Honorare für die Funktionäre oder zur Ausbeutung und zur Abwehr finanzieller Bankrotte verschiedener Unternehmungen der nationalsozialen Partei verwendet werden.

Das „České Slovo“, das Organ der Nationalsozialen, antwortet darauf sehr matt und sagt, man müsse Bojna die Antwort selbst überlassen.

Die Scharfmacher auf dem Kriegspfad. Die Browningschüsse in Auffig und Graz lassen die Scharfmacher nicht schlafen. Eine bürgerliche Korrespondenz meldet:

Der Oesterreichische Arbeitgeberhauptverband leitet gegenwärtig unter den gewerblichen und industriellen Körperschaften eine Aktion ein, um vom Reichsrat bei eventueller Wiederaufnahme seiner parlamentarischen Tätigkeit eine Abänderung der §§ 2 und 3 des Koalitionsgesetzes zu verlangen. Die Gelegenheit ergibt sich dazu aus dem Umstand, daß in der nächsten Session voraussichtlich die Beratung des neuen Strafgesetzbuches einen Hauptpunkt der Verhandlungen bilden dürfte. Die Aktion des Arbeitgeberhauptverbandes ist durch die gerade in der letzten Zeit vorgekommene außerordentliche Anhäufung von Ausschreitungen bei Arbeitseinstellungen notwendig geworden. Der Reichsrat soll durch eine Massenpetition der Arbeitgeber veranlaßt werden, endlich den arbeitswilligen Gehilfen in Oesterreich den gesetzlichen Schutz zuteil werden zu lassen.

„In der letzten Zeit vorgekommene außerordentliche Anhäufung von Ausschreitungen.“ Wie milde, wie gar! Wenn nur nicht greulich gellend der Knall der Mörderschüsse dazwischenföhre! Aber muß nicht jedes scharfmacherische Herz vor Mitleid überfließen, wenn so unschuldige Lämmer wie Kunzschal, Keiling und Watachich durch Pulver und Blei ihre — „Arbeitswilligkeit“ erharren. Nun, die Scharfmacher können unbesorgt sein, die sozialdemokratischen Abgeordneten werden ihnen helfen, „die in der letzten Zeit vorgekommenen außerordentlichen Anhäufungen von Ausschreitungen“ im Parlament ausgiebig zur Sprache zu bringen. Uebtrigens, könnten die Herren vom Arbeitgeberhauptverband nicht vielleicht versuchen, die Aenderung des Koalitionsgesetzes mittels des § 14 durchzuführen? Meint doch ihr Leiborgan, „auch der § 14 sei ein Stück Verfassung“. Nun, viel Glück auf den Weg!

### Ausland.

#### Schweiz.

#### Dienst- und Ruhezeit der schweizerischen Eisenbahner.

Von W. Allgöwer, Luzern.

Das Bundesgesetz betreffend die Arbeitszeit beim Betrieb von Eisenbahnen und anderen Verkehrsanstalten vom 19. Dezember 1902 und die dazu gehörende Vollziehungsordnung vom 22. September 1903 enthält Minimal- und Maximalbestimmungen über Arbeits- und Ruhezeit, Nachtdienst und Urlaub bei den Eisenbahnen und verwandten Betrieben.

Arbeitszeit: Die Maximalarbeitszeit für Beamte, Angestellte und Arbeiter beträgt 11 Stunden. Wenn die besonderen Verhältnisse es erfordern, steht dem Bundesrat die Befugnis zu, eine Kürzung der Arbeitszeit anzuordnen. Wo den Angestellten eine Dienstwohnung angewiesen ist, kann die Dienstbereitschaft auf 16 Stunden ausgedehnt werden; für das übrige Personal der Haupt- und Nebenbahnen gilt als oberste Grenze 15 Stunden. Beim Zug- und Lokomotivpersonal soll in der Regel eine Ueberstreichung der Dauer der Dienstbereitschaft von 14 Stunden nicht erfolgen.

Nachtdienst: Als Nachtdienst wird die Zeit von 11 Uhr abends bis 4 Uhr morgens bezeichnet. Die Heranziehung zum Nachtdienst erfährt dadurch eine Beschränkung, daß im Gesetz vom 19. Dezember 1902 festgelegt ist, daß innerhalb eines Monats nicht mehr als 14 Tage Nachtdienst zugeteilt werden dürfen. Für die Stunden des Nachtdienstes (11 bis 4 Uhr) wird ein 25prozentiger Zeitzuschlag verrechnet oder mit anderen Worten, jene Stunden zählen als je 1 1/2 Stunde.

Ruhezeit: Die ordentliche Ruhezeit zwischen zwei Dienstschichten hat 9 Stunden zu betragen. Sie darf in außerordentlichen Fällen auf 8 Stunden reduziert werden, muß aber innerhalb 3 Tagen auf die 9-, respektive 10stündige Ruhezeit ausgeglichen werden. Eine Verkürzung der ordentlichen Ruhezeit von 9 Stunden auf 8 Stunden kann erfolgen, wenn dem Angestellten eine Dienstwohnung eingeräumt ist. Dem Zug- und Lokomotivpersonal soll eine zehnstündige Ruhezeit zwischen zwei Dienstschichten gewährt werden. Diese, wie die übrige Ruhezeit soll möglichst am Wohnort des Personals zugebracht werden. Ueber die Verteilung der Dienstpausen zur Einnahme der Mahlzeiten bestimmt das Gesetz, daß mindestens eine solche von einer Stunde um die Mitte der Arbeitszeit zu gewähren sei. Unter besonderen Verhältnissen (Nebenbahnen) kann diese Stunde geteilt werden.

Ruhetage: Den Beamten, Angestellten und ständigen Arbeitern sind 52 Ruhetage zugesichert. Davon müssen

**Gelesene Nummern des „Eisenbahner“ wirft man nicht weg, sondern gibt sie an Gegner und Indifferente weiter.**

mindestens 17 auf Sonntage fallen. (Bei Nebenbahnen kann eine Reduzierung bis auf 13 Sonntage erfolgen). Die Gewährung eines Ruhetages muß innerhalb einer ununterbrochenen Dienstzeit von 14 Tagen erfolgen. Als Ruhetag gilt eine Dienstunterbrechung von 24 Stunden. Geht dem Ruhetag eine Nachtruhe voraus oder schließt sich eine solche nicht unmittelbar an, so ist der Ruhetag um 8 Stunden zu verlängern, demnach beträgt dann der Ruhetag 32 Stunden.

**Urlaub:** Jeder Beamte, Angestellter oder ständige Arbeiter hat Anspruch auf 8 Tage Urlaub. (Eine Ausnahme besteht für die Werkstättenarbeiter, welche nach 5 Jahren 3 Tage, nach 10 Jahren 6 Tage und nach 20 Jahren 12 Tage Urlaub erhalten.) Den Angestellten und ständigen Arbeitern, welche noch nicht 9 Dienstjahre oder das 33. Altersjahr zurückgelegt haben, werden die 8 Tage Urlaub von den 52 ordentlichen Ruhetagen abgezogen. Nach 9 Dienstjahren oder nach dem 33. Lebensjahr ist der Stägige Urlaub unabhängig von den 52 Ruhetagen zu gewähren. Je weiteren 3 Dienstjahren wird ein Tag Urlaub mehr gewährt. Nach 12 Dienstjahren also 9 Tage u. f. w. Die Beamten erhalten vom ersten Jahre an 8 Tage Ferien.

Übertretungen des Gesetzes werden, wenn der Bundesrat Klage erhebt, von den kantonalen Gerichten mit Geldbußen bis zu 500 Fres., im Wiederholungsfall bis zu 1000 Frances bestraft.

**Deutsches Reich.**

**Neue Lohnordnung für die preussischen Eisenbahnarbeiter.** Eine neue Lohnordnung trat am 1. April dieses Jahres in Kraft. Diese soll für alle preussischen Eisenbahnarbeiter gelten und in allgemeiner verständlicher Fassung eine Zusammenstellung dessen geben, was die Arbeiter zur Beurteilung ihres Lohnverhältnisses wissen müssen. Bisher hatten die 21 Eisenbahndirektionen und das Eisenbahngenerallandamt für ihren Bezirk eigene Lohnordnungen erlassen, die wohl die vom Ministerium getroffenen grundsätzlichen Bestimmungen enthielten, aber doch durch mannigfache Sonderbestimmungen sehr voneinander abwichen. Dieser Unzustand soll nun durch die neue Lohnordnung beseitigt werden. Von dieser Neuordnung werden etwa 350.000 Eisenbahnarbeiter betroffen. Die neue Lohnordnung, welche 21 Paragraphen umfaßt, enthält nachfolgende wichtige Bestimmungen: Allen Arbeitern wird die gesamte Militärdienstzeit auf das Lohnverhältnis angerechnet, wenn sie während oder alsbald nach dem Militärdienst um Beschäftigung nachgesucht haben. Bisher ist nur der seit dem 30. Juli 1912 neu eingetretenen Arbeitern die gefällige Militärdienstzeit auf das Lohnverhältnis angerechnet worden. Während bisher Stundenteile von weniger als einer halben Stunde vergütet wurden, sind künftig angefangene Stunden als voll zu rechnen, und Arbeitern, die an Sonn- und Feiertagen zur Arbeit herangezogen werden, wird der Lohn für den ganzen Tag auch dann gewährt, wenn sie kürzere Zeit gearbeitet haben. Während bisher Stellenzulagen nur für die Zeit gewährt wurden, in der der Arbeiter den zum Bezug der Zulagen berechtigten Dienst geleistet hatte, wird die Stellenzulage künftig für den ganzen Tag gezahlt, wenn der Arbeiter wenigstens eine Stunde — wenn auch mit Unterbrechungen — in der mit Zulagen bedachten Tätigkeit gearbeitet hat. Trifft diese Voraussetzung für mehrere mit verschiedenen hohen Stellenzulagen bedachten Dienstverrichtungen zu, so erhält der Arbeiter die höchste in Betracht kommende Stellenzulage. Zur Gewährung von Stellenzulagen ist die Genehmigung des Amtsvorstandes (Inspektion) einzuholen, wenn die Berechtigung zum Bezug der Zulage sich nicht aus dem Dienstplan ergibt. Arbeiter, die als Hilfsbeamte dauernd in den Zug- oder Schiffsdienst übertritten, erhalten in allen Fällen den Lohn ihrer Beschäftigungsklasse. Alters- und Militärentschädigungen sind künftig auf den Lohn nicht mehr anzuzurechnen. Als Nacharbeit gilt künftig die in der Zeit von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens geleistete Arbeit. Der Lohnzuschlag für die Nachtzeit fallende Nacharbeit ist von 10 auf 20 Pf. für die Stunde erhöht, die Beschränkung der Nachtzulage auf höchstens 50 Pf. für eine Nacht ist beseitigt worden. Der Lohnzuschlag wird Arbeitern, die ohne im Dienst zu sein, sich des Nachts bei Unfällen, Alarmierungen und dergleichen unverzüglich zur Arbeit einstellen, für mindestens vier Stunden gewährt. Bei auswärtiger Beschäftigung erhalten die Arbeiter künftig an Stelle des bisherigen prozentualen Lohnzuschlages eine feste Kommandozulage von 2 Mk. für den Kalendertag, der sich bei längerer Dauer des Kommandos auf Mk. 1.60 und Mk. 1.20 ermäßigt. Für die ersten 14 Nächte des Kommandos wird jetzt ein Uebernachtungsgeld von Mk. 1.50 gezahlt. Nach der 14. Nacht ermäßigt sich das Uebernachtungsgeld auf 1 Mk. Bei Benutzung eines Uebernachtungsraumes der Eisenbahn erhält der Arbeiter wie bisher für jede Nacht 50 Pf. Die von der vormaligen Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft übernommenen Arbeiter und Hilfsbeamten, denen auf Grund der bisherigen Bestimmungen die sogenannte Ehrenzulage von 25 Pf. täglich und nach Zurücklegung einer 25jährigen Beschäftigung bewilligt worden ist, erhalten die einmaligen Lohnzulagen für langjährige Dienste nicht. Ueber die Wirkungen dieser neuesten Reform im preussischen Staatsbahnbetrieb werden wir später noch einiges zu sagen haben.

**Erweiterung der Arbeiterausschüsse in den staatlichen Eisenbahnbetrieben.** Der preussische Eisenbahnminister von Breitenbach hat an die Eisenbahndirektionen einen Erlass gerichtet, in dem es heißt: „Der in den Eisenbahndirektionsbezirken Altona, Breslau, Köln, Dangig, Erfurt und Saarbrücken gemachte Versuch, auch den Arbeitern der kleinsten Dienststellen ohne eigenen Arbeiterausschuß die Vorteile der Ausschußvertretung zuteil werden zu lassen, ist zufriedenstellend ausgefallen. Der Eisenbahnminister bestimmt deshalb, daß die Einrichtung beibehalten und nach folgenden Grundsätzen allgemein eingeführt wird: 1. Die Arbeiter einer Dienststelle ohne eigenen Arbeiterausschuß haben das Recht, Anträge, Wünsche und Beschwerden, die nicht lediglich die Angelegenheiten einzelner betreffen, sondern die Arbeiter der Dienststelle oder einzelne Arbeitergruppen im ganzen betreffen, durch einen ihnen bezeichneten Arbeiterausschuß bei dem Amtsvorstand zur Sprache bringen zu lassen. Die Arbeiterausschüsse haben solche Anträge u. f. w. wie die der eigenen Arbeiterschaft zu behandeln. 2. Auf jeder nicht durch einen eigenen Arbeiterausschuß vertretenen Dienststelle ist den Arbeitern der zu ihrer Vertretung berufene Ausschuß nebst den Namen der Ausschußmitglieder durch Anschlag bekannt zu machen. Ebenso sind dem Arbeiterausschuß die Dienststellen zu bezeichnen, deren Arbeiter sich nach der vorhergehenden Bestimmung an ihn wenden können. 3. Bestehen für einen Amtsbezirk mehrere Ausschüsse, so bestimmt die Eisen-

bahndirektion den Wirkungsbereich eines jeden; ist nur ein Ausschuß vorhanden, so dient er als Vermittlungsstelle für den ganzen Amtsbezirk. Ausschlossen von der ganzen Einrichtung sind die Arbeiter der Nemter, in denen überhaupt kein Ausschuß besteht. 4. Aktives und passives Wahlrecht zum Ausschuß besitzen die ihm zugeordneten Arbeiter nicht. An den Ausschußsitzungen nehmen sie nicht teil, jedoch sind ihnen die Sitzungsprotokolle durch Anschlag bekannt zu machen.

Nach den gemachten Erfahrungen bedeuten diese staatlichen Ausschüsse für die Eisenbahnbehörden nichts anderes als eine Delation; denn wirkliche Rechte haben sie nicht. Diese Rechte müssen den Ausschüssen der Staatsbetriebe erst noch erkämpft werden, und das geschieht nachdrücklich nur durch die sozialdemokratischen Vertreter im Parlament.

**Aus dem Gerichtssaal.**

**Übertretung nach § 331 St.-G.** „Wenn ein Beamter oder Diener in Ausübung seines Dienstes jemand mißhandelt, macht er sich einer Übertretung nach § 331 schuldig.“ Herr Josef Zillichman, Portier in Hohenstadt, erhielt von seinem Vorgesetzten den Auftrag, ein Individuum namens Sebeil, das in den Wartesälen betete, die Fahrgäste belästige und daselbst auch unter den Bänken schlief, mit jeder Gewalt zu entfernen. Zillichman tat dies auch am 24. April. Sebeil hatte den Mut, dies in grellsten Farben der Genzarmerie anzuzeigen, so daß gegen Zillichman die Anklage erhoben werden mußte. Bei der Verhandlung am 22. Mai wurde Zillichman freigesprochen und der Richter, Herr Langer, begründete den Freispruch damit, daß bei den Erwägungen über dieses Delikt das Maß von Gewaltanwendung von der Persönlichkeit des Hinauszuweisenden abhängt, und da, wie ortsbekannt, der Exzeß ein gefährlicher Mensch sei, so hat Zillichman nur in den Grenzen seiner Pflicht gehandelt, wenn er alles tat, was notwendig war, um den Auftrag durchzuführen. Der Angeklagte wurde von Herrn Dr. Ambros in Olmütz vertreten.

**Erpressung an einem Eisenbahner.** Der Inspektor der Staatsbahnen Rudolf K. in Olmütz hatte am 19. Juli 1911 dienstlich in Hausdorf bei Schönberg zu tun und betrat um die Mittagsstunde das Gasthaus des Fleischhauers Franz Meigner, woselbst er sich in ein ebenerdiges Exzesszimmer, dessen beide Fenster offen waren, begab. Vor den Fenstern spielten einige Kinder auf der Straße, und auf den Zuren des K. kam die 12jährige Leopoldine Meigner in das Zimmer K., der ein Kinderfreund ist, setzte das Kind auf den Schoß, küßte es und zeigte ihm Schwimmtempi, nachdem das Kind seine Frage, ob es schwimmen kann, verneint hatte. In diesem Augenblick betrat die Kellnerin das Zimmer, worauf sich die kleine Meigner entfernte. Tags darauf erhielt K. von dem Fleischhauer Meigner einen Brief des Inhalts: „K. habe sich seinem Kind gegenüber unbillig benommen, er (Meigner) erhalte die Strafanzeige, wenn sich K. nicht sofort „ausgleiche“. Bestürzt rannte der Inspektor zu Meigner und fand daselbst die kleine Meigner, deren Eltern, die Kellnerin und deren Mutter, welche der Reihe nach dem K. den Vorwurf des unbilligen Vorgehens ins Gesicht wiederholten. Als K. sich dieser Gesellschaft gegenüber sah, zog er es vor, zu verhandeln. Er bot 20 Kr., dann 50 Kr., dann 200 Kr. Es kam endlich ein „Ausgleich“ zustande, wonach sich K. verpflichtete, 1000 Kr. in fünf Raten zu bezahlen, die Familie Meigner dagegen eine „Erklärung“ ausstellte, daß K. sich an dem Kind in keiner Richtung vergangen hat. Nun zahlte der Inspektor seine Raten, bis er bei Fälligkeit der dritten Rate seiner Verpflichtung nicht pünktlich nachkommen konnte. Er erhielt gleich einen Drohbrief von Meigner, dann einen zweiten, er werde die Anzeige bei der Bahndirektion und der Staatsanwaltschaft erstatten. K. vertraute sich in seiner Bedrängnis einem Kollegen an, der ihm riet, die Erpressungsanzeige zu erstatten, was auch tatsächlich im Herbst 1913 geschah. Die Erhebungen wurden aber gegen K. wegen Unbilligkeitsverbrechens nach § 123 St.-G. eingeleitet und K. am 18. Jänner wegen dieses Delikts zu einem Monat Gefängnis, der schwerer Verurteilung der Kerkerstrafe verurteilt, in der Folge vom Amt suspendiert und auf den halben Gehaltsbezug gesetzt. K. erhob gegen das Urteil die Nichtigkeitsbeschwerde. Beim Kassationshof hob sein Verteidiger Dr. Hofmoll hervor, daß gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen schwere Bedenken obwalten, es handle sich offenbar um ein Erpressungsskizplot. Der Kassationshof gab der Nichtigkeitsbeschwerde Folge und ordnete eine neuerliche Verhandlung in erster Instanz an, die auch am 20. Mai beim Kreisgericht Olmütz stattfand. Ingenieur K. war zur Verhandlung infolge schweren Nebenleidens nicht erschienen. In mehrstündiger Verhandlung stellte sich heraus, daß die Staatsanwaltschaft inzwischen gegen die Eheleute Meigner die Anzeige wegen Erpressung erhoben hatte und daß die Anklage in Rechtskraft erwuchs. Die Zeugen haben sämtlich ihre früheren Depositionen im Prozeßverhör abgeschrieben und widerrufen. Die Szene des „Ausgleiches“ schilderte eine Zeugin folgendermaßen: „Als K. über Einladung des Meigner in dessen Wohnung erschien und die versammelten Erpresser vor sich sah, fiel er in die Knie und bat händeringend, man möge ihn nicht vernichten. Charakteristisch für die Geminnung der Eltern war die Antwort der Mutter auf die Frage des Vorstehenden, ob sie denn das Verwerfliche ihrer Handlung nicht einsehe; Nein! Er hat meine Tochter angegriffen, er soll zahlen! — Verteidiger Dr. Hofmoll: Haben Sie das empfunden, daß Sie die Tugend Ihrer Tochter sich mit 1000 Kr. haben bezahlen lassen?! — Mutter: Ich hab mein Vertrag gehalten, er hat nicht gezahlt. — Inspektor K. wurde schließlich freigesprochen mit der Begründung, daß an seiner völligen Unschuld nichtgezweifelt werden kann.“

**Streiflichter.**

**Das Lebensmittelmagazin der Nordwestbahn.** Wir hätten vorläufig über die neue Verwaltung des Lebensmittelmagazins noch keine Kritik geübt — weil uns ein Jahr noch zu kurz erschien — um all die Heldentaten der neuen Männer zu sehen. Da aber so ein „ernannter Held“ in einem Eisenbahnerorgan herumspizt, so muß man einige Zeilen schreiben.

Der Geschäftsbericht per 1913 enthält so verschiedenes, was, mit Remerdel betrachtet, sonderbare Erfolge des von der Direktion zusammengepackten Komitees sind. Das frühere Komitee brachte den Umsatz vom Jahre 1908 von 3.780.183 Kr. in sechs Jahren, also bis 1912, auf 6.663.186 Kr., eine Steigerung von 2.883.003 Kr. Das jetzige Komitee rüßte mit dem Umsatz von 6.663.186 Kr. in dem einzigen Jahr 1913 auf 6.304.008 Kr., um 359.178 Kr., herunter, erzielte aber trotzdem im Jahre 1913 einen Reingewinn von 390.057 Kr., während im Jahre 1912 vom größeren Umsatz nur 878.736 Kr. als Reingewinn erzielt wurden. Ging das nicht auf Kosten der Konsumenten, das heißt, wurden da bis Waren nicht verteuert? Hätte man in letzter Minute bei der Naturalisierung des Komitees, nicht doch einen so viel verzehnten Sozialdemokraten im neuen Komitee belassen, so würden die Erfolge jedenfalls noch viel schöner sein. Nun pipst der Kleine in seinem Artikel über die Abfertigung und über den Umsatzanteil. Die Abfertigungen wurden beim Ausschneiden, seit der Gründung des Lebensmittelmagazins, gegeben, und wird der kleine Pipser auch seinerzeit bekommen. Die Umsatzanteile

wurden vom nationalen Komitee gleich nach dem Antritt zum Großteil in fixe Bezüge umgewandelt, das heißt, die Monats-honorare wurden erhöht. Nun pipst unser Kleiner wegen der Herstellung des Preisverzeichnis in eigener Regie. Große Tat. Brill hätte seine Gefinnungsgenossen einer Unterlassungsfünde zeihen sollen.

Liebes Pipser! Bis zum Jahre 1907 wurden die Preisverzeichnisse auf Kosten des Lebensmittelmagazins hergestellt und seit dieser Zeit diese vom Drucker auf Kosten der Ankündigungen, das heißt für das Lebensmittelmagazin umsonst hergestellt und außerdem einige hundert Kronen als Ueber-schuß bezahlte.

Die Herstellung in eigener Regie war bereits im Plan des alten Komitees, und hat das neue Komitee die Arbeiten hiezu vorgefunden.

Wenn das nationale Komitee einmal nur die Hälfte der Erfolge, wie zähle Verteilung der Prachtfreiheiten, aller früheren Benefizien, Erlangung weiterer Benefizien, Erlangung kostenloser Baupläne und anderes mehr (alles kann wegen den Handels- und Gewerbekammern nicht gesagt werden), zu verzeichnen haben werden, so können sich die Mitglieder auch Diäten und Reisespesen mit Ruhe für die verrichtete Arbeit anrechnen, aber für das Preisgeben verschiedener erworbenener Rechte und Benefizien und für das Schweifwedeln und Händelküssen gegenüber der Direktion kann nichts angerechnet werden, sondern wäre pflichtgemäß von den Herren der Schäden in harter Münze zu ersehen.

Auch wir geben uns der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß der nächstjährige Geschäftsbericht endlich eine „reife Pflückerfüllung“ durch Ziffern beweisen wird, und daß dieses „Beste“ durch viel besseres ersetzt werde, um die Aufgabe nicht nur voll und ganz zu erfüllen — das wird schwer möglich sein — aber sagen wir nach Kräften leidlich erfüllen, und zwar so weit es das k. f. System gestattet — und wir wären mit diesem Komitee sehr zufrieden.

**Ehrentafelreform und Eisenbahner.** Der Ehrentafelreformverein in Wien hat an die Delegiertenversammlung der Eisenbahnerorganisation ein Schreiben gerichtet, das erst nach Schluß der Verhandlungen einlangte. Der Verein schreibt uns:

Zufolge der aus Eisenbahnerkreisen stammenden Klagen, die in zahlreichen Fällen dem gefertigten Verein zugekommen sind, sind wir in der Lage, der geehrten Delegiertenversammlung mitzuteilen, daß das bestehende Verbot der Wiederverheiratung geschiedener katholischer Eisenbahner die äußerst bedauerliche Folge zeitigt, daß die vielen, im erzwungenen Konfubinat lebenden Eisenbahnbediensteten sämtlicher materieller Vorteile ihres Standes in Hinsicht auf ihre zweite — illegitime — Lebensgefährtin und auf ihre aus solcher Verbindung stammenden unehelichen Kinder verlustig gehen. Ganz abgesehen davon, daß alle in den Pensions- oder Provisionsfonds von diesen Angestellten eingezahlten Beträge kraft zweifellos statutarischer Bestimmungen den bezeichneten illegitimen Angehörigen niemals zugute kommen, daß somit diese Angehörigen niemals in den Genuß von Pensionen oder Provisionen, Witwenabfertigungen, Erziehungsbeiträgen und dergleichen mehr gelangen, trotz der dem Eisenbahner durch Jahre auferlegten Abzüge, sind sie auch von den aus den Krankenkassen der Eisenbahner fließenden Zuwendungen (ärztliche Hilfe, Entbindungskostenbeiträge, Begräbniskosten, Medikamente) ausgeschlossen. Nicht genug daran, verlieren sie die Vorteile der Freifahrten und Fahrpreisermäßigungen für ihre Angehörigen, weiters die Legitimationen für Frauen und Kinder, die Lebensmittelfreifahrtscheine, den Anspruch auf die wöchentlich dreimalige unentgeltliche Fahrt zur Erholung in die Lokalfreize während der Sommermonate. Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß hierin eine äußerst fühlbare Belastung der geschiedenen katholischen Eisenbahner gelegen ist, und daß der gebrauchliche, für die Frauen jedoch niemals sympathische Ausdruck, als „Dienstbote“ des Eisenbahners erklärt zu werden, vielleicht eine ganz geringe Besserung bezüglich der ermäßigten Fahrten für die Frauen bringt, jedoch keinerlei Wert für die Kinder und ganz besonders nicht in Hinsicht auf die Versorgungsgenüsse desjenigen, der Frau und Kinder hat.

Der gefertigte Verein hat bisher keine Möglichkeit gehabt, die speziellen Wünsche der Eisenbahner anders als im Zusammenhang mit den Wünschen aller Betroffenen zu vertreten; nun aber scheidet ein Forum gegeben, welches in programmatischer Pflückerfüllung die bezeichneten Forderungen eines großen Teiles der Eisenbahner mit vollem Nachdruck zu vertreten vermag.

Der unterzeichnete Verein glaubt die Interessen seiner Eisenbahnermitglieder nicht besser wahrnehmen zu können, als dadurch, daß er die oft und oft an seine Adresse geleiteten Klagen und Beschwerden der geehrten Delegiertenversammlung als der beruflichen Ständevertretung bekanntgibt. Der Verein weiß, daß eine Behandlung und Beschlußfassung in dieser Sache durch die gegenwärtig tagende Versammlung dem dringenden Verlangen der Eisenbahner entsprechen würde. In dieser Erwägung beehrt sich der unterzeichnete Verein das Ersuchen zu stellen:

Die geehrte Delegiertenversammlung wolle die vorstehende Angelegenheit auf die Tagesordnung bringen und zu dieser brennenden Angelegenheit in der geeignet erscheinenden Weise, jedenfalls aber im Sinne der Abschaffung des die Wiederverheiratung geschiedener Katholiken verbietenden § 111 des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches Stellung nehmen.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Der Ehrentafelreformverein in Wien.

**Wien-Bestbahnhofs.** (Beschwerden des Beleuchtungs-personals.) Vom Beleuchtungs-personal des k. f. Bahnbetriebsamtes Wien-Bestbahnhofs wurde bereits im Jahre 1907 ein Besuch um Einführung des 12stündigen Dienstes mit darauffolgender 4stündiger freier Zeit überreicht. Obwohl alle Herren des Bahnbetriebsamtes damals und auch später in der lebenswürdigsten Weise die Erfüllung dieses anerkannt beabsichtigten Wunsches versprochen wurde, erhielt das Personal nach neun Monaten den Kronenstempel retour, von einer Erledigung des Besuches aber ist, trotzdem seither Jahre verlossen sind, bisher keine Rede.

Da der k. f. Staatsbahndirektion sowie dem k. f. Eisenbahnamtsterium die Beschäftigung am Wiener Bestbahnhofs bekannt sein müssen, werden sie wohl auch beurteilen können, was es heißt, 24 Stunden Kampfsdienst zu machen, nebst den vielen unvermeidlichen Nebenarbeiten. Die Herren brauchen den Schilderungen keinen Glauben zu schenken, sondern nur den Fahrplan zur Hand zu nehmen und die Zeit zu berechnen, wieviel einem Kampfsisten an Zeit zur Bewältigung seiner sonstigen Arbeiten bleibt, dann werden sie bei objektiver Beurteilung finden, daß das Verlangen um Verkürzung der Dienstzeit vollkommen gerechtfertigt ist. Die Arbeitsleistungen beim Beleuchtungs-personal mehren sich von Jahr zu Jahr. Es sind zur Bewältigung dieser Kleinarbeit jeweils nur ein Beleuchtungs-auf-seher und sechs Kampfsisten in Verwendung. Wohl existiert am Bestbahnhofs auch ein Beleuchtungsmeister, der aber glaubt, daß sich die Ueberbürdung der Kampfsisten mit Sekkaturen, Beschimpfungen und Verniedrigungen verbodeen läßt. Gleich trägt er einen Größenwahn zur Schau und steht sich nach seiner eigenen Aussage bereits als Beamter mit Zipfelpfand und Degen,

Durch die geschilderte Vorgangsweise, unter welcher das ganze Beleuchtungspersonal Wien-Westbahnhof zu leiden hat, wird in keiner Weise bei den Bediensteten Dienstes- oder Arbeitsfreudigkeit erweckt, im Gegenteil, nur Mißmut und Verdrossenheit. Bei Verteilung allfälliger Remunerationen wird das Lampistenpersonal keineswegs berücksichtigt, dagegen wird bei Erledigung etwaiger Mängel sowie bei der Arbeitsleistung das Beleuchtungspersonal als Exekutivorgan behandelt und auch dementsprechend bestraft. Daß unter solchen Umständen die Unzufriedenheit des gesamten Beleuchtungspersonals eine große ist, wird wohl niemand bezweifeln, und es wäre nur ein Akt verspäteter Gerechtigkeit, wenn das k. k. Eisenbahnministerium, respektive die k. k. Staatsbahndirektion endlich einmal obige Forderung nach Einführung der 12stündigen Dienstzeit mit der darauffolgenden 4stündigen Ruhezeit für das Beleuchtungspersonal am Wiener Westbahnhof der Erfüllung zuzuführen sich entschließen wollte.

### Aus den Amtsblättern.

#### Ranglisten des Fahrpersonals.

An alle Zugbegleiterdomizilstationen.

Die Dienststellen werden in allernächster Zeit Ranglisten des Zugbegleiterpersonals erhalten, welche die Grundlage für die Dienstleistung zu bilden haben. Die Ranglisten sind in geeigneter Weise zur allgemeinen Einsichtnahme aufzulegen. Schriftliche Reklamationen gegen die Rangbestimmung sind binnen 14 Tagen nach Zustellung der Ranglisten unter genauer Präzisierung der in Betracht kommenden Daten einzubringen und binnen weiteren acht Tagen konsigniert an die k. k. Staatsbahndirektion vorzulegen. Veränderung im Personalstand durch Todesfälle, Versetzungen in den Ruhestand, Ernennungen, Vorrückungen und sonstige Personalverfügungen haben die Dienststellen in den Ranglisten mit größter Genauigkeit durchzuführen.

Zur Orientierung des Personals und zur Vornachtung der Ergänzung der Ranglisten seitens der Dienststellen werden nachstehend in der Reihenfolge der Anwendung jene Momente aufgezählt, welche bei der Rangbestimmung maßgebend sind:

1. Der Zeitpunkt der Erreichung der letzten Gehaltsstufe.
2. Die Vorrückungsdaten in eine der früheren Gehaltsstufen.
3. Das Datum der Stabilisierung.
4. Der Zeitpunkt der Intimierung (Anstellung als Assistentenkondukteur).
5. Der Dienst Eintritt.
6. Das Lebensalter.

Entscheidend ist somit in erster Linie für den Rang die Höhe der Gehaltsstufe; für die zum gleichen Zeitpunkt in eine Gehaltsstufe eingereichten Bediensteten ist der Rang durch Heranziehung der in den Punkten 2 bis 6 angeführten Vergleichsdaten festzustellen.

Wien, am 21. April 1914.

Der k. k. Staatsbahndirektor:  
Kolisko.

#### Fahrbegünstigungen.

Fahrbegünstigungen übereinkommen mit der Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen.

Auf Grund eines zwischen der k. k. Staatseisenbahnverwaltung und der Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen in Wien abgeschlossenen Übereinkommens, gewährt die Aktiengesellschaft der Wiener Lokalbahnen den aktiven Bediensteten der k. k. österreichischen Staatsbahnen und deren Familienangehörigen (das ist den mit den betreffenden Bediensteten im gemeinsamen Haushalt lebenden Frauen und von ihnen vollständig erhaltenen Kindern) gegen Vorweis ihrer dauernden, mit der Identitätskarte, beziehungsweise Photographie des Inhabers adjuzierten Legitimation (für aktive Eisenbahnbedienstete grün, beziehungsweise für Frauen und Kinder von Eisenbahnbediensteten rot) folgende Fahrbegünstigungen:

- a) auf der Linie Wien-Giselastraße-Baden-Josefsplatz:
  - Wien-Giselastraße-Wiener-Neudorf 90 S.;
  - Wien-Mahleinsdorf-Biadukt-Wiener-Neudorf 15 S.;
  - Wien-Philadelphiaride-Wiener-Neudorf 10 S.;
  - Wien-Giselastraße-Baden-Josefsplatz 40 S.;
  - Wien-Mahleinsdorf-Biadukt-Baden-Josefsplatz 25 S.;
  - Wien-Philadelphiaride-Baden-Josefsplatz 20 S.;
- b) den Familienangehörigen Fahrkarten zum halben, beziehungsweise ermäßigten Preis:

II. auf den Badener Linien (Baden-Biadukt-Ringlinie—Mauhenstein (Selenental)—Wöslau inkl.): den Bediensteten und deren Familienangehörigen durchwegs den ermäßigten Preis von 12 S.

III. Auf dem Flügel Traiskirchen G. B. A.—Baden-Josefsplatz: den Bediensteten und deren Angehörigen den ermäßigten Fahrpreis von 10 S.

Sämtliche Begünstigungen werden nur gegen Vorweis der vorerwähnten übereinkommensmäßigen Legitimationen gewährt. Als Legitimationen im Sinne dieses Übereinkommens gelten überdies auch die auf Funktionäre der k. k. Staatsbahnen lautenden Verbandskarten.

Die Wiener Lokalbahnaktiengesellschaft anerkennt die amtlichen Eisenbahn-Jahresfahrkarten als Ausweis, berechtigt zur freien Fahrt auf sämtlichen Linien der Wiener Lokalbahnen mit Ausnahme der Fragestrecke Wien-Giselastraße-Mahleinsdorf-Biadukt.

Begahlte Gebühren werden nur dann rückvergütet, wenn nachgewiesenermaßen ein Verschulden der Organe der Verwaltung die Ursache war, daß ein Bediensteter im einzelnen Fall der Begünstigung nicht teilhaftig wurde.

In jedem Fall müssen die Festsetzungen der betreffenden Kassen über die vollbezahlten normalen Gebühren vorgelegt, und muß von der dem betreffenden Bediensteten vorgelegten Verwaltung selbst um die Rückvergütung angefragt werden.

(D. Z. 26.851—11.)

### Korrespondenzen.

**Salau.** (k. k. Bahnerhaltungssektion. Protektionwirtschaft.) Bei der Bahnerhaltungssektion Salau wird durch den Bahnmeister V o d e m bei der Aufnahme und Einreihung der Arbeiter Protektion getrieben, durch welche die älteren Arbeiter oft schwer geschädigt sind. So werden oft von Herrn V o d e m im Herbst Leute entlassen, die sich den ganzen Sommer bei der k. k. Bahnerhaltung um einen geringen Lohn geplagt haben. An Stelle dieser entlassenen Bahnarbeiter nimmt Bahnmeister V o d e m wieder Leute auf, die während der Sommermonate bei den städtischen Baumeistern gearbeitet haben und im Winter regelmäßig wegen Mangel an Arbeit entlassen werden. Die meisten dieser von V o d e m im Herbst aufgenommenen Leute gehen im Frühjahr wieder zum städtischen Baumeister zurück, weil sie eben dort mehr verdienen. Und wie bei der Aufnahme, so wird auch bei der Einreihung zu „ständigen Arbeitern“, verfahren. Wir haben hier Bahnarbeiter, die zwei, drei und vier Jahre bei der Bahnerhaltung arbeiten, die jedoch immer noch keine „ständigen Arbeiter“ sind.

Dafür sind auf der anderen Seite, von Bahnmeister V o d e m protegierte, erst im Herbst 1913 aufgenommenen Arbeiter zu treffen, die bereits als ständige Arbeiter geführt werden, ja sogar den Nachtrag vom 1. Jänner bis 1. April 1914 ausbezahlt erhielten. Wir eruchen den Bahnerhaltungsvorstand Herrn Cantarutti das willkürliche Treiben des Bahnmeisters V o d e m einzuschränken, und den Bahnerhaltungsarbeitern ihre erworbenen Ansprüche vor Uebergriffen zu sichern und zu schützen.

**Jägerndorf.** Der Assistent P r o b s t in Jägerndorf, zwar noch ein junger Herr, trägt sich mit dem Bahn, mehr als der Eisenbahnminister zu sein, so daß wir gezwungen sind, uns mit diesem Herrn zu beschäftigen, damit ihm sein Handwerk gelegt wird.

Er strebt danach, als der größte Ausbeuter des Zugpersonals im Direktionsbezirk zu gelten. Er kommandiert ohne Rücksicht auf die Turnusse und auf die ergangenen Aufträge und Erlasse von Seiten der Station und der Direktion sowie des Eisenbahnministeriums bezüglich Einhaltung der Turnusse und Wahrung der Dienst- und Ruhezeiten. Was geht Herrn P r o b s t das Eisenbahnministerium mit seinen Vorschriften an, wenn er die Leute in ihrer Ruhezeit, die sie sich nach 11 1/2stündiger Dienstleistung wohl verdient haben, noch zur Dienstleistung zum Güterzug kommandiert, anstatt sie ihr Abendbrot verzehren zu lassen. Diese kleine Ruhepause, welche zwei Stunden beträgt, vergönnt er ihnen nicht, obzwar er wissen muß, daß dieser Mann nach dieser Pause noch eine vierstündige Dienstleistung vor sich hat.

Herr Assistent, sie sind derjenige, welcher die Bruttoabfertigung im Stundenpaß eintragen muß. Sie müssen auch wissen, wie viel zur Bemessung des Bruttos Leute notwendig sind, und haben zu diesem Behuf Reserveleute am Turnus vorgesehen, welche eventuell zur Ergänzung notwendig sind. Sie brauchen sie nur zu verwenden, aber dazu sind Sie zu kommod.

Ihre Kommodität mit der Ruhezeit der Zugbegleiter zu bezahlen, dazu geben wir uns nicht her, denn es gibt noch ältere und erfahrenere Herren, welche Sie in die Schranken weisen werden, aus welchen Sie ihr Bahn gerissen.

Ihre Fragen an die Leute, welche Sie zu solchen übermenschlichen Dienstleistungen kommandieren, „ob sie fahren wollen“, ist überflüssig, denn die Leute sind nicht so dumm, wie Sie gemeint sein wollen, daß sie „nein“ sagen würden, denn die Zugbegleiter wissen ganz genau, daß, Sie, Herr Assistent, die Gelangheit mit Freunden ergreifen würden, um irgendeinen Familienvater rücksichtslos dem Disziplinarverfahren auszuliefern. Doch die Zugbegleiter wissen auch, wohin sie sich wenden sollen, wo es Leute gibt, welche die Rechte des Personals verteidigen können und werden.

Wir wollen heute nicht in weitere Details eingehen, indem wir hoffen, daß diese Zeilen genügen werden, um Sie von Ihrem derzeitigen Treiben abzuhalten. Sollten Sie sich nicht bessern, so werden wir Sie der Generalspektion empfehlen müssen, die Ihnen gewiß Aufklärung über Ihre Pflichten geben wird, bevor noch Ihr leichtsinniges Vorgehen Opfer fordert.

Nehmen Sie sich ein Beispiel an einigen Ihrer Herren Kollegen, welche sich zu solchen Kommandierungen und Aeußerungen nicht hinreißen lassen. Wir Zugbegleiter fürchten den Kampf nicht, denn wir kämpfen um unser Recht.

**Neubed.** Der Bahnmeister L o m a n d l in Neurohau wird aufgefordert, die ihm unterstellten Arbeiter anständiger zu behandeln und ehrenrührige Beschimpfungen zu unterlassen. Sollte diese ernste Mahnung keine Besserung erzielen, dann müßten wir auf verschiedene Vorkommnisse hinweisen, die geeignet wären, dem Herrn L o m a n d l begreiflich zu machen, daß die Brutalität gewisser Vorgesetzter oft ein jähes Ende nehmen kann.

**Beitau.** Ein strammer Offizier in Eisenbahnerkleidern ist Assistent Paul V o n d y. Eines Tages kam der Herr V o n d y zum Weichensteller B e w a r d y, um ihm dienstliche Aufträge zu erteilen. Nach einem kurzen Gespräch sah sich B e w a r d y abgefertigt und setzte sich hinter der Diensthütte nieder. Doch nach einer Weile sprach der Herr V o n d y noch einiges zum Wächter, welcher sitzend das junge Herrchen anhören wollte.

Doch der Herr stellte den Wächter mit folgenden Worten: „Sie, stehen Sie auf, stehen Sie hab Acht, ich bin Offizier“, und schimpfte den Wächter bis auf den letzten Knopf zusammen. B e w a r d y meldete den Vorfall dem Herrn Stationsvorstand, welcher den Herrn V o n d y diesbezüglich belehrte. Doch der junge Herr scheint sich dies nicht gemerkt zu haben, denn am 25. April kam V o n d y in das Frachtenmagazin zum Magazinsaufseher, schrie ihn an und beschimpfte ihn grob. Der beschimpfte Magazinsaufseher suchte selbstverständlich Genugtuung und ging zum Herrn Stationsvorstand. Vom Herrn Vorstand herauskommend, kam vor der Verfahrstange ihm der Herr V o n d y entgegen, worauf wieder ein Wortwechsel entstand; doch der Herr spielte den Gescheiten, denn er sagte im Tone der Verachtung: „Mit den Dienern gebe ich mich nicht ab, der Mensch fängt erst beim Beamten an“.

Ueber diese Vorfälle brachte der Magazinsaufseher P i e t e r s c h e l eine schriftliche Anzeige an die kompetente Stelle ein und wir hoffen, daß Herr V o n d y belehrt werde, wie man mit Untergebenen und überhaupt mit Menschen umzugehen hat.

**Rosenbach.** (Mittigstellung.) Unseren Mitgliedern und den organisierten Genossen von Rosenbach und Umgebung diene zur Kenntnis, daß die im „Eisenbahner“ vom 10. April 1914 erschienene Korrespondenz wegen des „völligen Gefangeneinvernehmens“ mit dem Eisenbahnergefangenenverein „Sänetose“ nichts gemein hat. Durch diese Erklärung werden sich die aufgeregten Gemüter gewiß beruhigen.

**Rosenbach.** (Nachruf.) Anlässlich des Scheidens unseres langjährigen Obmannes der Ortsgruppe, Genossen Franz K i n g e r, rufen wir demselben ein herzliches Lebewohl nach. Möge es demselben in seinem neuen Domizil recht wohl ergehen.

**Willach.** (Unglücksfall.) In der Nacht vom 19. auf den 20. Mai verunglückte in der Station Tünnitz der Kondukteur Genosse Anton B e m b e r g e r. Genosse Bemberger dürfte beim Verluß ausgeglichen sein, wobei ihm ein Arm durch Ueberfahren abgetrennt wurde. Der Verunglückte wurde unter Assistenz des Bahnarztes Herrn Dr. Benkmann nach Willach ins Spital gebracht.

### Versammlungsberichte.

**Hartberg.** (Versammlungsbericht.) Bei der am 17. Mai tagenden Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Adam B e m a n n, Zahlstellenleiter, Alois K o h l, Stellvertreter; Max F l u c h, Kassier, Josef A r n h o l d, Stellvertreter; Michael S p ö r l, Schriftführer, Alois K o h l, Kontrolleur. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Adam B e m a n n, Oberkondukteur, Hartberg, in Gelbangelegenheiten an Max F l u c h, Kondukteur, Hartberg, zu richten.

**Weidling.** (Vertrauensmännerorganisation der Zugbegleiter.) Samstag den 16. Mai fand im Arbeiterheim XII., Weidling, im Beisein des Genossen Adolf M ü l l e r von der Zentrale die regelmäßige Besprechung der Bahnlinienvorstandsmänner statt. Mit Ausnahme der G. W. A. und der Wiener Lokalbahnen waren alle in Wien einmündenden Bahnen vertreten. Gegenstand der Beratungen war: Berichterstattung über die Erstellung der Sommerturnusse auf den Wiener Bahnhöfen. Allgemeine Berichte der Bahnlinienvor-

standsmänner. Ausbau der Vertrauensmännerorganisation über das ganze Reich. Beschlußfassung über Abhaltung einer Besprechung der an der Delegiertenversammlung teilnehmenden Genossen Zugbegleiter.

### Aus den Organisationen.

**Bielitz.** (Versammlungsbericht.) Am 19. Mai fand die Generalversammlung der Ortsgruppe des Allgemeinen Reichsausschusses und Gewerkschaftsbereiches für Oesterreich statt, welche äußerst gut besucht war. Die Berichte der Funktionäre wurden mit Befriedigung zur Kenntnis genommen und dem scheidenden Ausschuss das Absolutorium erteilt. Bei der Neuwahl wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Karl M i o d o n s k i, Obmann, Josef S c h u b e r t, Stellvertreter; Josef G i e l e r, Kassier; Franz M e n g u s e r, Schriftführer; Josef G a d e r, Anton R o h m a n n, Lad. K o j d e r, Robert S i e g m u n d, Franz G r u b y, Franz M a r k o w s k i und Johann B i l c h, Ausschussmitglieder. Alle Zuschriften sind an Genossen Karl M i o d o n s k i, Stationsmeister, Rohrmannngasse 10, II/D, Bielitz, zu senden.

**Böhmisch-Ramitz.** (Versammlungsbericht.) Bei der am 24. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt: Josef B u r k e r t, Obmann, Rudolf U r b a n, Stellvertreter; Gustav A h n e, Kassier, Josef M o r c h e, Stellvertreter; Franz S c h i l l e r, Schriftführer, Stephan S c h i l l e r, Stellvertreter; Josef M a c e c h, Friedrich S t a u m a n n, Eduard M i l d n e r und Franz A n e c h t l, Ausschussmitglieder; Gustav L ö s l und Benzel K i r c h n e r, Revisoren. Als Vertrauensmänner wurden aufgestellt: für die Station Falkenau-Hillemühle und Streda bis Böhmisch-Ramitz: Franz S a n t s c h l; für Station Böhmisch-Ramitz, Maschinen- und Zugpersonal: Franz S ü h n e; für die Streda Böhmisch-Ramitz-Rabstein: Josef M a r c h e; für die Streda Rabstein-Ebersdorf: Franz D ö r r e; für die Streda Ebersdorf-Markersdorf: Wilhelm S e r b i c h. Die bestellten Vertrauensmänner sind berechtigt, die Monatsbeiträge behufs Ablieferung an den Hauptkassier entgegenzunehmen.

**Brünn I.** (Vereinsnotiz.) Die Monatsversammlungen finden jeden 8. im Monat statt. Die Ausschussitzungen werden am 15. und 20. im Monat abgehalten. Die Vertrauensmänner sind verpflichtet, zu den Ausschussitzungen zu erscheinen. Ferner wird allen Mitgliedern bekanntgegeben, daß der Signalhelfer Bohumil S e n a k l kein Mitglied unserer Organisation ist und sind demselben auch keine Mitgliedsbeiträge anzuzuertrauen. Dies den Genossen zur Warnung.

**Görlau.** (Vereinsnotiz.) Die Monatsversammlungen werden jeden ersten Sonntag im Monat in Herrn G ü l b e r s G e h t h a u s abgehalten. Die Bibliothek befindet sich bei Genossen P o b o l a h in Görlau, Rotenhäuserstraße 149.

**Göhenstadt.** (Versammlungsbericht.) Die Generalversammlung wurde am 9. Mai abgehalten. Gewählt wurden: Franz G e p p e r t, Obmann, Alois D e m l, Stellvertreter; Benzel S e r m a n n, Kassier, Franz M a t u c h a, Stellvertreter; Richard S ü h m u t h, Bibliothekar, Ludwig K o u z i l, Stellvertreter; Anton S u b a c e l, Revisor; Josef S a b i g e r, Johann S e s a l, Wilhelm V a b r o u s und Johann N e u m a n n, Vertrauensmänner. Jeden Montag nach dem Ersten im Monat Zusammenkunft im Vereinslokal. Zuschriften sind an Franz G e p p e n, Weichensteller in Schmöle bei Lutaweg, zu adressieren.

**Möstergrub.** (Vereinsnotiz.) Da eine Neuauflage und Ausgestaltung der Bibliothek notwendig geworden ist, so werden jene Mitglieder, welche Bücher ausgeliehen haben, freundlichst ersucht, dieselben ehestens zurückzustellen.

**Königgrätz.** (Vereinsnotiz.) Alle Zuschriften sind an Johann A m e c, Königgrätz II Nr. 223, zu adressieren.

**Michelob.** (Versammlungsbericht.) Bei der am 16. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurden folgende Mitglieder gewählt: Franz S t e i n e r, Obmann, Franz D ö r r, Stellvertreter; Eduard F r i t s c h, Kassier; Josef K l e e, Franz S c h r ö d e l, Josef W i s t o c i l, Josef T r ä n g n e r, Adolf M a y e r und Edwin P l a s, Ausschussmitglieder. Zuschriften sind an Franz S t e i n e r, Blocksignaldienner in Michelob, zu adressieren.

**Muran.** (Versammlungsbericht.) Am 16. Mai fand die gut besuchte Generalversammlung statt. Als Obmann wurde Genosse August W a m m e r, Maschinführer, gewählt, an welchem alle Zuschriften zu richten sind.

**Pöltschach.** (Versammlungsbericht.) Am 17. Mai hielt die Zahlstelle Pöltschach ihre Generalversammlung ab, wo folgende Genossen gewählt wurden: Josef M a r n, Obmann, Simon R ü d l, Stellvertreter; Simon S p r a g e r, Revisor; Georg K o b r i c, Kassier, Anton W i d m a i e r, Stellvertreter, für die Streda Pöltschach-Ponigl, Thomas F l i e c h, Kassier für die Streda W i n d i s c h - F r e i s t r i e b; Karl G o l o b und Simon L a c h, Ausschussmitglieder. Alle Zuschriften sind an Genossen Josef M a r n, Cilli, Schillerstraße 3, in Geldangelegenheiten an Genossen Georg K o b r i c, Pöltschach, zu adressieren.

**Sporitz.** (Vereinsnotiz.) Das Fachblatt wird ab 1. Juni durch den Korporateur Genossen G o l l i c h e r den Mitgliedern zugestellt. Weiters diene den Mitgliedern zur Kenntnis, daß ab 14. Juni die Wücherausgabe jeden Sonntag von 10 bis 12 Uhr vormittags im Vereinsheim stattfindet. Eine regere Benützung der Vereinsbibliothek wäre sehr zu wünschen.

**Stilfried.** (Versammlungsbericht.) Bei der am 17. Mai stattgefundenen Generalversammlung wurden folgende Genossen in den Ausschuss gewählt: Georg S t e m m e r, Obmann und Kassier, Johann S l a w e t, Obmannstellvertreter; Karl S c h o m a n n und Michael K a m p f o r f e r, Kontrolle; Johann S t r o h m a y e r und Karl S c h o m a n n, Bibliothekare; Josef W i d h a l m II, Johann S t r o h m a y e r, Georg S t a d l b a u e r, Franz S e e h o f e r, Josef S i m e t h und Peter K a i d e r, Ausschussmitglieder; Sebastian S t a d l b a u e r, Johann K e h i b a, Johann S t r o h m a y e r und Peter K a i d e r, Subkassiere; Vertrauensmänner: Karl S c h o m a n n für die Station Angern; Peter K a i d e r und Josef S t r a p e c h für die Station Dürnkruz; Franz H a u e r für die Streda Angern-Dürnkruz; Johann S l a w e t für die Streda Gänserndorf-Angern; für die Oberbauarbeiter: Cyril P e t a l und Johann S t r o m a y e r für die Streda Gänserndorf-Angern; Josef S i m e t h für die Streda Angern-Dürnkruz; Josef K e i c h e l für die Station Dürnkruz; für die Professionsisten: Leopold S t a d l e r, Angern. Die Bibliotheksausgabe findet jeden Sonntag von 1 bis 3 Uhr nachmittags statt. Die Mitglieder werden ersucht, die Bibliothek fleißiger zu benützen und die Versammlungen besser wie bisher zu besuchen. Alle Zuschriften in Vereinsangelegenheiten sind an Genossen Georg S t e m m e r, Mannersdorf an der March Nr. 83, zu richten.

**Wörgl I.** (Versammlungsbericht.) Bei der am 20. Mai abgehaltenen Generalversammlung wurden nachstehende Genossen in den Ausschuss gewählt: Alfons T e s c h a u e r, Obmann, Anton H e l l und Florian S c h w e i g e r, Stellvertreter; Michael H a s l w a n t e r, Schriftführer, Josef S c h m i d j u n i o r und Franz H a u e r, Stellvertreter; Josef S c h m i d s e n, Kassier; Anton P a l i und Johann S c h w e i g e r, Subkassiere; Alois K r a u s, Franz G e r n e r und Josef D r i w a f e r, Bibliothekare; Jakob C a l l i a r i und Georg W r o s c h, Revisoren. Alle Zuschriften sind an Genossen Alfons T e s c h a u e r, Bahnh-

Postkarte 81, in Geldangelegenheiten an Genossen Josef Schmidson, Spitalgasse 8, zu richten.

Bauhotel. (Versammlungsbericht.) Bei der am 17. Mai im Arbeiterheim stattgefundenen konstituierenden Generalversammlung wurden folgende Funktionäre gewählt:

Verschiedenes.

Adieu, Albanien!

Mir scheint, es muß der lange Fürst von Wied von Gottes Gnaden seine Segel heben.

Man kommt dort unten leicht zu Herberichs. Die Katholiken — solche ist zu merken — Sie hassen die, die griechisch-orthodox.

Auch Effah Pascha scheint der Weste nicht. Wie sich ergibt aus seinen üblen Taten — Und speiste doch, was mir ins Herze frucht.

Nedoch Italien (mit dem großen Maul) Und Oesterreich wird die Ordnung stützen — Bloß für den Herrschen steht die Sache faul.

In sechs Parteien wird fürchterlich gedroht. Und jede fußt der andern böß zu haben.

Eingefendet.

Ein wirklich treuer Freund, der den Menschen in allen Lagen des Lebens beiseite steht, ist etwas, das sich wohl jeder wünscht.

Bekanntmachung der Administration.

Folgende Ortsgruppen, respektive Zahlstellen haben mit 27. Mai 1914 noch immer nicht das Geld für die Aprilcoupons gefendet.

So schulden die Ortsgruppen Groß-Weikersdorf und Podwolica die Beiträge per März und April 1914.

Sprechsaal.

Achtung, Eisenbahner auf der Strecke: Josefstadt-Zarow-Alt-Pafa-Eisenbrod-Swarow und Alt-Pafa-Turnau-Sichrow!

Die Wahlen in die Lokalkommission der Krankenkasse bei der k. k. O. N. W. B. sind ausgeschrieben. Eisenbahner der oben angeführten Strecke wählen für die Lokalkommission Alt-Pafa folgende Kandidaten:

Adressenänderung.

Die Berufsgenossenschaftliche Unfallversicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen beehrt sich hiemit neuerdings bekanntzugeben, daß sich ihre Bürolokale nunmehr in Wien VI/1, Linke Wienzeile 48/52, befinden.

Mitteilung für Zugbegleiter und Zugführer.

Die in Nummer 18 vom 1. Mai angekündigte Hilfsabelle zur Ermittlung des Bremsausmaßes kann wegen der zu hohen Kosten nicht erscheinen.

Achtung! Au alle unsere Mitglieder.

Bezugnehmend auf unsere Sprechsaalnotiz in Nummer 10 unseres Blattes vom 1. April 1914 teilen wir noch mit, daß Herr Dr. Weltmann in Wien schreibt, daß die Ermäßigung von 50 Prozent sich auf die ärztliche Behandlung während der ganzen Wabefahrt bezieht.

Wir bitten unsere Mitglieder, hiebei Kenntnis zu nehmen und von diesem Angebot reichlich Gebrauch zu machen. Das Sekretariat.

Nordwestbahnbedienstete, Achtung!

Wahlen in die Krankenkassen-Lokalkommissionen.

Laut Zirkular Nr. 119, R. 11.302/I/1, vom 4. Mai d. J. sind die Wahlen in die Krankenkassenkommissionen auf der k. k. Nordwestbahn ausgeschrieben.

Es ist daher im Sinne dieses Zirkulars das sofortige Überlangen der Stimmzettel geboten. Wir erlauben die beteiligten Ortsgruppen, hauptsächlich aber jene, welche sich am Sitz einer Lokalkommission befinden, sofort die Kandidatenliste festzustellen und mit der Agitation zu beginnen.

Das Wahlmaterial (Flugschriften und Klebezettel) haben die im Bereich einer Lokalkommission befindlichen Ortsgruppen auf eigene Kosten zu beschaffen.

Die Lokalkommissionen sind in allen größeren Stationen aufgestellt und bestehen aus sechs Mitgliedern der Krankenkasse, von denen drei dem Stande der Tagelohnbediensteten und drei der Kategorie der Unterbeamten und Diener angehören müssen.

Aktiv wahlberechtigt sind alle im Bezirk der betreffenden Lokalkommission stationierten Mitglieder ohne Unterschied des Geschlechtes, passiv wahlberechtigt dagegen nur jene, die am Sitz der Lokalkommission stationiert sind.

Die Wahlen erfolgen schriftlich mittels amtlicher Stimmzettel und sind dießfalls frei und geheim und stehen unter dem Schutz des Gesetzes vom 26. Jänner 1907, R. G. Bl. Nr. 19 ex 1907 (Wahlschutzgesetz).

Wir erlauben die Genossen, an die Wahlarbeit zu gehen und für unsere Pflichten energisch einzutreten.

Die Exekutive der organisierten Eisenbahner Oesterreichs.

Offene Anfragen.

In die k. k. Staatsbahndirektion in Prag.

Die Bediensteten der Station Klostergrab erlauben sich die höfliche Anfrage, wann die neuerbaute Wabeanstalt für die Erhebung übergeben wird?

In die k. k. Betriebsleitung in Czernowitz.

Wie wir aus sicherer Quelle erfahren haben, so fanden vor kurzer Zeit in der Signalwerkstätte in Czernowitz Erhebungen über gewisse Vorkommnisse statt.

In die k. k. Staatsbahndirektion in Wien.

Die Zugmannschaft der Lokalbahn Kremß-Mauthausen erlaubt sich die höfliche Anfrage, wie lange der provisorische Dienststurm noch gefahren werden muß.

In die k. k. Staatsbahndirektion in Innsbruck.

Die weislichen Arbeiter der Station Meran erlauben sich, die höfliche Anfrage zu stellen, ob für sie auch die Bestimmungen über die Urlauberteilung noch den feineren aufgestellten Normen gelten und Anwendung finden?

Versammlungsanzeigen.

In nachstehenden Orten finden Versammlungen statt: Stablan. Am 2. Juni um 1/8 Uhr abends in Herrn Janes Gasthaus, XXI, Stablauerstraße 5.

Insertate. Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion und Administration keine Verantwortung.

Postentausch. Ein Wobobnsteller mit Naturalwohnung in Steiermark wünscht mit einem Kollegen gleicher Eigenschaft von Kurorten oder auch Tauernbahn zu tauschen.

RESTE von Herren- u. Damenstoffen. wie auch schlesischen Leinen- und Wachswaren. Ihre werten Adresse versehen an das Tuch-Versandhaus Franz Schmidt, Jägerndorf Nr. 76.

1000fachen Dank! Bei Flechten- Euzema-Balsam. sofort hilft. — Euzema-Max ohne jede Verschönerung. — Preis 5 Kr.

OLLA GUMMI. von mehr als 3000 Ärzten als das Beste empfohlen.

3000 Witze. 1000 neueste Witzschätze, 1000 feinste lustige Witze, 1000 feine Witze für Herzensliebhaber.

Trinken Sie gern? echten Kognak, R. Liköre, Bier, Limonaden u. s. w. Sie erhalten von mir ohne irgendwelche Verbindlichkeit ein Buch mit Rezepten zur Herstellung dieser Getränke und 1 Flasche Likör gratis.

Dankfagung. Außerhand, jedem einzelnen meinen Dank ausdrücken zu können, danke ich auf diesem Wege für die zahlreiche Beteiligung beim Beidenbegängnisse meines Vaters.

Auf Raten Goldkette für Herren u. Damen. 60 Gramm schwer, 140 K. monatlich 4 K. Erstklassige Silberuhr mit Silberzylinder.

500 Kronen! Zahlte können, wenn Ihre Gähneraugen, Wargen, Hornhaut, Bio-Ballam in 3 Tagen nicht schmerzlos samt Wurzel entfernt.

Grüner Naturweine zu konkurrenzlosen Preisen offeriert, und zwar: Weißwein, Riesling . . . 4 50 Heller.

Ohrensansen Ohrenschmerz, Schwerhörigkeit, nicht angeborene Taubheit beseitigt in kurzer Zeit Gebörol Marke gratis. Preis Kr. 4.—, Doppelrasche Kr. 6.50.

### Nerven, die zur Verzweiflung bringen!

Viele Krankheiten, deren Ursache unerklärlich erscheint, sind nur eine Folge schwacher Nerven. Zahlreiche kleine und grosse Beschwerden des Menschen kann man sich oft nicht erklären. Sie kommen wie von selbst, nichts hilft dagegen. Plötzlich verschwinden sie wie gekommen. Aber andere Störungen machen sich dafür bemerkbar. Ein Uebel löst das andere ab, so dass solch gequälter Mensch in einem Jahr 865 verschiedene Krankheiten haben kann.

Doch sind diese Beschwerden durchaus nicht eingebildet, sondern sie bestehen wirklich und stehen auch in engem Zusammenhang untereinander. Das Nervensystem ist erschöpft. Oft scheinen diese Uebel und Störungen mit den Nerven gar nichts zu tun zu haben, aber wenn man sich genauer beobachtet, so wird man das eine oder das andere der folgenden Anzeichen von Nervosität bald feststellen können und manchmal auch mehrere davon: Zittern der Glieder, besonders der Hände, Reissen und Ziehen in den Muskeln, Gefühllosigkeit einzelner Hautstellen, Zucken der Augen oder der Lider, seelische Verstimmung, Angstzustände, Unruhe ohne Ursache, Verdauungsbeschwerden nach Anstrengungen, Kribbeln der Haut, beunruhigende Träume, Alpträumen, Müdigkeit, besonders am Morgen u. s. w.

Die ernstesten Zeichen schwerer Nervenschwäche sind die oft wiederkehrenden Kopfschmerzen, die Schlaflosigkeit, die Mattigkeit, die schnelle geistige Ermüdung, die Gedankenlosigkeit, die leichte Reizbarkeit und schlechte Laune.

Nehmen Sie diese kleinen Warnungszeichen der Natur nicht leicht, denn Nervenleiden höhnen das Mark des Lebens aus!

Sogar Geisteskrankheit, Epilepsie, Schlaganfall und Lähmungen sind schon häufig aus unscheinbarer Nervenschwäche entstanden.

Auch Selbststörungen, sogar Erblindungen, besonders bei Rauchern und Trinkern, treten als Folge von Nervenleiden auf. Schon leichte Nervenschwäche bringt viele Unannehmlichkeiten mit sich. Das Familienleben leidet darunter, besonders aber die geschäftliche Tüchtigkeit lässt nach, weil die Energie und die Ausdauer erlahmt.

Der Gesunde ist dem Nerven gegenüber im Geschäft stets im Vorteil. Der Gesunde trifft mit überlegener Ruhe schnell entschlossen zielbewusste Anordnungen, die ihm Vorteil bringen, während der Nervöse zerstreut, hastig aber doch zaghaft handelt und sich von seinen Launen und seiner Reizbarkeit zu unüberlegtem Tun hinreißen lässt, das ihm Nachschläge bringt, die ihn dann um so mehr ärgern und entmutigen.

Nervosität ist oft der unerkannte Grund von manch einem verfehlten Leben.

#### Was hilft dagegen?

Der beste und einfachste Weg ist Stärkung der Energie durch Ruhe, Erholung und geeignete Stärkungsmittel. Doch Ruhe ändert der Nervöse nicht, selbst wenn er Zeit und Gelegenheit dazu hat, also auch keine Erholung. Also ist wirkliche Hilfe nur von einem guten Nervenstärkungsmittel zu erwarten. Nahrung genügt finden die Nerven in den täglichen Speisen, aber sie nehmen diese nicht auf, weil sie zu sehr erschöpft sind, dazu bedürfen sie der Anregung. So wie Salz und Gewürz anregend auf den Appetit wirken, so wirkt „Kola-Dultz“ anregend und belebend auf die Nerven. Hierzu ist „Kola-Dultz“ wirklich am geeignetsten, denn es enthält nach der Analyse bekannter Chemiker nichts, was schaden könnte. Sorgfältige Versuche von Ärzten und Forschern haben bewiesen, dass „Kola-Dultz“ ein ganz ausgezeichnetes Mittel zur Stärkung der Nerven und besonders des Gehirns ist, gleichzeitig das Blut verbessert und verjüngt und so Kraft und Leben spendend auf den ganzen Körper wirkt. „Kola-Dultz“ bringt

Lebenslust und Schaffenskraft sowie das Gefühl der Jugend mit seiner Tatkraft, die Erfolg und Glück verbürgt.

In vielen tausend Fällen, wie es vorliegende Briefe beweisen, hat „Kola-Dultz“ hervorragende Erfolge erzielt.

Was Tausenden geholfen hat, kann doch wohl auch Ihnen helfen. Nehmen Sie „Kola-Dultz“ eine Zeitlang und Ihre Nerven werden erstarren, jede Schwäche wird schwinden, und neue Kraft wird Ihre Adern durchströmen. Ich bin so vollkommen davon überzeugt, daß ich Ihnen gern ganz umsonst eine Probe

senden werde, wenn Sie mir Ihre Adresse mitteilen. Versuchen Sie die Wirkung der Gratisprobe, sie ist groß genug, um Ihnen gut zu tun. Sie wird Ihnen ganz vorzüglich bekommen und Sie werden mir dankbar sein, Ihnen durch portofreie, kostenlose Zusendung von „Kola-Dultz“ Gelegenheit gegeben zu haben, ein so gutes und reelles Mittel kennen zu lernen, das keine Prüfung zu scheuen braucht.

Ich garantiere,

dass „Kola-Dultz“ keine schädlichen Bestandteile enthält, und dass es mit größter Sauberkeit hergestellt ist, so dass es von jedem gut vortragen wird. Die Anwendung ist ganz einfach, der Geschmack sehr angenehm.

Gleichfalls ganz umsonst füge ich der Probeendung noch ein lehrreiches, sehr unterhaltendes Buch bei, welches Ihnen in klarer, einfacher Sprache alles Wissenswerte über Nerven und ihre Leiden sowie über Nervennerven erzählt.

Je länger Sie leiden, je mehr verkürzen Sie Ihr Leben, bestellen Sie also jetzt gleich Ihre Gratisprobe, dann kann Ihnen auch bald geholfen werden. Schreiben Sie recht deutlich Ihren Namen und Ihre Wohnung auf eine Postkarte und adressieren Sie diese an Heilige-Geist-Apotheke, Budapest VI, Abteilung 6.

**Beste und reellste Bezugsquelle!**  
**Billige**



**Bettfedern, Daunen**

JOSEF BLAHUT  
DESCHENITZ

1 Kilo graue, geschlossene K 2.—, bessere K 2.40, halbweiße K 2.80, weiße K 4.—, bessere K 6.—, Herrschaftschleif, schneeweiß K 8.—, hochprima K 9.50, Daunen, grau K 6.—, 7.— und 8.—, Brustflaum K 12.—, Kaiserflaum K 14.—. Von 5 Kilo an franko.

**Fertig gefüllte Betten**

aus dichtfüßigem roten, blauen, gelben oder weißen Manting, 1 Tuchent, circa 180/120 cm groß, samt 2 Kopfkissen, diese circa 80/60 cm groß, genügend gefüllt mit neuen grauen, dauerhaften Federn, K 16.—, Halbdaunen K 20.—, Daunen K 24.—, Tuchent allein K 12.—, 14.— und 16.—, Kopfkissen allein K 3.—, 5.50 und 4.—, Tuchent, circa 180/140 cm groß, K 15.—, 18.— und 20.—, Kopfkissen, circa 90/70 cm groß, K 4.50, 6.— und 5.50, Unterbett, circa 180/116 cm groß, K 13.—, 15.— und 18.— verwendet gegen Nachnahme, Verpackung gratis, von 10 Kilo an franko.

Josef Blahut in Deschenitz Nr. 109 (Böhmerwald).  
Richtpassendes umgetauscht oder Geld zurück. — Verlangen Sie die ausführliche illustrierte Preisliste gratis und franko.

Von Derschaften  
abgelegte Ferrentleiber  
spottbillig nur bei  
**Feinrich Weinberger**  
I. Bez., Singerstraße Nr. 6.  
Kleider auch leihweise.

**Alle Männer**

die infolge schlechter Jugendgewohnheiten, Anschreitungen und dergleichen an dem Schwandn wollen keinen Kraft zu leiden haben, wollen keinesfalls versäumen, die leichtvolle und auflockernde Schrit eines Nervenzarles über Ursachen, Folgen und Aussichten auf Heilung der Nervenschwäche zu lesen, illustriert, neu bearbeitet. Zu beziehen für K 1.50 in Briefmarken von Dr. Rumlers Kollanalt. Genf 881 (Schweiz).

**Wasserfucht**

Nierenleiden, Gichtbeschwerden, Blasenkatarrh, Sand und Gries, Harnröhrenentzündung, geschwollene Füße beseitigt man rasch durch Dr. Nevlles Herz- und Wasserluchte.

Preis 4 Kronen, 2 Pakete 10 Kronen.  
Versand postfrei durch:  
Stadtpothke Pfaffenhofen a. d. Ilm 10 (Bayern).

**KROPF**

(Sattels, Blähhs, Drüsenanschwellungen) beseitigt man in ganz kurzer Zeit durch

**Dr. Reinhardt's Kropfbalsam**

Preis 4 K. 3 Flaschen 10 K.  
Alleinversand zollfr. Hans Kummer, chem. Laboratorium, Burghausen A 9 (Oberbayern).

**Beste böhmische Bezugsquelle!**  
**Billige Bettfedern!**



1 kg graue, alte, geschlossene 2 K, bessere 2 K 40; prima halbweiße 2 K 60; weiße 4 K; weiße, feine, 5 K 10; 1 kg hochfeine, schneeweiße, geschlossene 6 K 40, 5 K; 1 kg Daunen (Blau), grau 8 K, 7 K; weiße, feine 10 K; allerfeinster Brustflaum 12 K.  
Bei Abnahme von 5 kg franko.

**Fertig gefüllte Betten**

aus dichtfüßigem roten, blauen, weißen oder gelben Manting, 1 Tuchent, 180 cm lang, circa 120 cm breit, samt 2 Kopfkissen, jedes 80 cm lang, circa 60 cm breit, gefüllt mit neuen, grauen, sehr dauerhaften, feinsten Bettfedern 18 K; Halbdaunen 20 K; Daunen 24 K; einzelne Tuchente 10 K, 12 K, 14 K, 16 K; Kopfkissen 8 K, 8 K 50, 4 K; Tuchent, 200 cm lang, 140 cm breit, 4 K 50, 5 K 20, 5 K 70; Unterbettscheite aus Barlem, getreidelt, 180 cm lang, 116 cm breit, 12 K 80, 14 K 80. Versand gegen Nachnahme von 12 K an franko. Umtausch gestattet, für Richtpassendes Geld zurück.

S. Benisch in Deschenitz Nr. 158, Böhmen.  
Reichillustrierte Preisliste gratis und franko.

**Mit jedem Tage**

werden die Ansprüche größer, die man an das Können des Einzelnen stellt. Nur mit gediegenen Kenntnissen kommt man heute vorwärts und besteht siegreich den harten

**Kampfs Dasein.**

Bedienen Sie sich daher der weltberühmten Selbst-Unterwerkwerke „System Karnack-Hachfeld“ zu Ihrer Weiterbildung. Gründl. Ausbildung zum Monteur, Maschinisten, Werkmeister, Betriebsingenieur, Werkzeug- u. Maschinenbauer, Maschinenkonstrukteur, Ingenieur, Former u. Gießereimeister, Gießerei-Techniker, Bauschlosser u. Installateur, Kunstschlosser und Kunstschmied, Lokomotivheizer und -Führer, Eisenbahn-Techniker, Elektromonteur, Elektromechaniker, Elektromechaniker, Elektroinstallateur, Elektroingenieur. Ausführliche Prospekt und eine 62 Seiten starke Broschüre „Karnack-Hachfeld“ mit Probefeldern werden auf Verlangen jedem kostenlos zugesandt.

**Schallehn & Wollbrück**  
Wina XVII, Schwenderg. 59.

**MÖBEL** Wiens beste u. billigste Einkaufsquelle ist die in Eisenbahnerkreisen allbekannte und langjährig bestehende

**Fünfhäuser Möbelniederlage**

Wien XV/1, Mariahilferstrasse 142  
(neben der Löwendrogerie).

Beste Zimmer-Einrichtungen von 140 Kr. aufwärts; Küchen-Einrichtungen von 40 Kr. aufwärts; moderne Küchen, weiß, von 70 Kr. aufwärts; Schlaf- und Speisezimmer von 280 Kr. aufwärts; Bildschirme von 60 Kr.; Gesteinläufe von 9 Kr.; Matratzen von 12 Kr.; einzelne Möbel billig. Kleiner Preis-Katalog für Probung gratis. Großes Möbelalbum für 90 Heller in Briefmarken franko.

Griechische Bestellungen streng reell wie bei persönlicher Auswahl.

Sufuhr in alle Bezirke und Bahnhöfe frei.

**Warnung!** Achten Sie genau auf meine Firma Fünfhäuser Möbelniederlage und meine Schürmarke „Kondukteur“, welche als Kennzeichen meines Geschäftes in Lebensgröße in meinem Schaufenster ausgestellt ist. Halten Sie sich nicht irreführen. Sie sind erst dann beim richtigen Geschäft, wenn Sie neben der Schürmarke, Firma und Namen auf gelben Schildern vor dem Geschäftstisch total sehen.

Guter Wohlgehoer!

Ihre Sendung, mit welcher ich sehr zufrieden bin, erhalten. Alles lagte in gutem Zustand an, werde bald nachbestellen.

Wichofshofen. Hochachtung mit Gruß  
Josef Kint  
Kondukteur der T. f. österr. Staatsbahnen.

**Wilhelm Beck & Söhne**  
k. u. k. Hoflieferanten

Wien VI, Hirschengasse 25

Fabrik für alle Arten Eisenbahnuniformen, Kappen und sonstige Ausrüstungsarten

Preiskurante gratis und franko

Tuchfabrik: Humpolec (Böhmen)

**8 Tage gehend!**  
Einmaliges Aufziehen!

**Korrosion-Taschenuhr**



Wasserdichte Ausführung mit hochfeiner feinsten Iridischer Bedingung K 12.— und Porto gegen Nachn.

3 Jahre schriftliche Garantie.

**MAX BÖHNEL**  
Wien IV  
Margaretenstraße 27/15  
Original-Fabrikpreisliste gratis

**Alle Gicht- u. Rheumatiker**

können nur durch Bählers Naturmittel von ihren Qualen und Schmerzen befreit werden. Linderung tritt sofort ein. Auskunft unentgeltlich.

**Jakob Bühler, Werkführer, Urach (Württemberg).**

GEGRÜNDET 1878  
GEGEN  
**MONATSRATEN**  
OHNE ANZAHLUNG  
TASCHEN-WAND-WECKER  
PENDELUHR  
JEWELLEN  
GOLD- u. SILBERWAREN  
Optische Erzeugnisse  
Photographische Apparate  
Gramophone

**ADOLF JIRKA**  
Krummau u. MOLDAU  
Alle Kataloge gratis  
Auswahlsendungen auf Verlangen

**Brüner Stoffe**

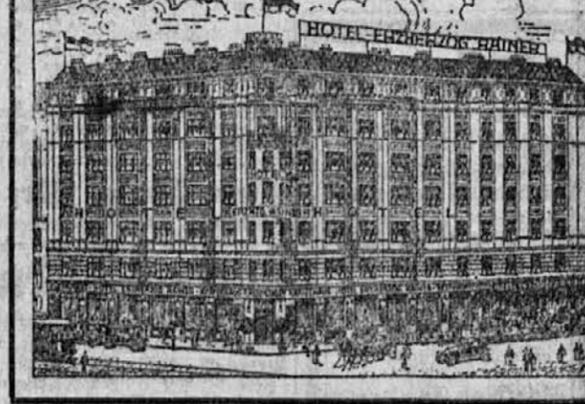
für Herren- und Damenkleider zu billigsten Fabrikspreisen kauft man am besten bei

**Etzler & Postal, Brünn**  
Schwedengasse Nr. 153.

Lieferanten des Lehrerbundes und Staatsbeamtenvereines.

Durch direkten Stoffeinkauf vom Fabriksplatz erspart der Private viel Geld. — Nur frische, moderne Ware in allen Preislagen. — Auch d. kleinsten Maas wird geschneitten.

Reichhaltige Musterkollektion postfrei zur Ansicht.



**HOTEL ERZHERZOG RAINER**

100 ZIMMER LEOPOLD NEDOMANSKYS 100 ZIMMER

NEUERBAUTES, BESTEMPFEHLENSWERTES

**HOTEL ERZHERZOG RAINER**

STADTZENTRALE LAGE WIEN IV. HAUPTSTRASSE 27/29

GROSSTER KOMFORT FAMILIENHOTEL I. RANGES BÜRGERLICHE PREISE ANGENEHMER AUFENTHALT UND BELIEBTER RENDEZ-VOUSPLATZ DER P. T. EISENBÄHNER MITGLIEDER DES ALLGEMEINEN RECHTSSCHUTZ- UND GEWERKSCHAFTSVEREINES GENESSEN BESONDERE PREISERMÄSSIGUNGEN!

100 ZIMMER LEOPOLD NEDOMANSKYS 100 ZIMMER

NEUERBAUTES, BESTEMPFEHLENSWERTES

**HOTEL ERZHERZOG RAINER**

STADTZENTRALE LAGE WIEN IV. HAUPTSTRASSE 27/29

GROSSTER KOMFORT FAMILIENHOTEL I. RANGES BÜRGERLICHE PREISE ANGENEHMER AUFENTHALT UND BELIEBTER RENDEZ-VOUSPLATZ DER P. T. EISENBÄHNER MITGLIEDER DES ALLGEMEINEN RECHTSSCHUTZ- UND GEWERKSCHAFTSVEREINES GENESSEN BESONDERE PREISERMÄSSIGUNGEN!